

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
für den Haus- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf.  
Zurück der Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn M. 6.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingstraße 14, II. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zwingstraße 14. Tel. 1769.  
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gehaltene Petizelle mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
Voranz zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 52.

Dresden, Mittwoch den 5. März 1913.

24. Jahrg.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist eine neue Polen-  
parlage ausgesetzt.

Die Arbeiter im Malergewerbe wollen in dieser Woche  
eine allgemeine Aussperrung vornehmen. In Hamburg  
sind bereits 5000 Geheilen ausgesperrt.

Beim Einsturz einer Eisenkonstruktion in Großbaum bei  
Pöhlitz wurden vier Arbeiter getötet.

Beim Untergang des Torpedoboots S 178 sind 54  
Mann der Besatzung ertrunken.

Der frühere Kohlenbergmann Wilson, Mitglied des  
amerikanischen Kongresses, erhielt das Portefeuille des Arbeits-  
ministeriums, das von dem neuen Präsidenten Wilson geschaffen  
wurde.

## Ein Jubiläum der Schmach.

(Zur Dreihundertjahrfeier der Dynastie Romanow  
am 6. März.)

Alle Kirchenglocken im ganzen russischen Reich werden  
morgen die Dreihundertjahrfeier der Dynastie Romanow ein-  
klingen. Weil der junge Michael Romanow in Anbetracht  
seiner Jugend und Dummheit von der damals allmächtigen  
Sofortkate, die in 15 Jahren sechs Jaren ernannt und ent-  
setzt hatte, am 6. März 1613 auf den Moskauer Jarentron  
erhoben wurde, benutzt der heutige Träger der russischen  
Kaiserkrone, Zar Nikolaus der Blutige, die Wieder-  
kehr des 300. Jahrestages dieses historischen Datums zur  
pomphaften Verherrlichung seiner Dynastie, zur weiteren  
Festigung des russischen Absolutismus.

Von rein dynastisch-geschichtlichen Standpunkte aus be-  
achtet, hätte Nikolaus II. wahrlich keine Veranlassung, diesen  
Tag festlich zu begehen. Denn mit dem Romanow hat das  
jetzige russische Herrscherhaus nur die äußeren Anzeichen ihrer  
unbeschränkten Macht gemein. Der letzte Spross dieses Ge-  
schlechts, das 150 Jahre, von Palastrevolutionen und Jaren-  
wahlen zerrissen, über Russland herrschte, Zar Peter III.,  
wurde von seiner Gemahlin Katharina II. gestürzt und am  
17. Juli 1762 in ihrem Auftrag ermordet. Die eigentliche  
Stammutter des heutigen Jarenhauses war Katharina II.,  
eine geborene Prinzessin von Anhalt-Zerbst, die, Birne und  
Abenteurerin zugleich, die Jarentrone an sich rief und erst die  
Grundlage schuf für die innere und äußere Politik des moder-  
nen russischen Absolutismus. Der eigentliche Ursprung ihrer  
Reichthümer, der in Russland streng geheim gehalten  
wird, wird selbst von der deutschen Unberühmtenwissenschaft  
nicht in Zweifel gezogen. So besitzte der bekannte Jansen-  
Geschichtswissenschaftler E. Herrmann in seiner Geschichte des  
russischen Staates (Hamburg 1853) auf Grund unanfechtbarer  
Geschichtsquellen, daß Katharinas Nachfolger, Paul der I., der  
Sohn des Kammerherrn Saltykow und Katharinas war. Ueber  
die Kaiserin selbst schreibt derselbe Herrmann: „Für  
die gab es kein Väter und kein Verbrechen, das sie nicht ihrer  
Gier nach Macht dienlich machte...“ Von ihr, die von  
Katharina II. mit der Katharina von Medici verglichen wurde,  
nimmt die heutige russische Dynastie, die preussisch-mongolische  
Dynastie Saltykows, ihren Ursprung, und ihr Anfangsdatum ist  
nicht der 6. März 1613, sondern der 9. Juli 1762, da Kathari-  
na II., die Wärdlerin ihres Gatten, sich „den Gottes Gnade“  
zur Kaiserin und Selbstherrscherin aller Reußen ausrufen ließ.  
Jarenmord und Palastrevolutionen fanden auch weiter-  
hin an der Wiege des russischen Herrscherhauses. Katharina's  
Sohn, der wahnsinnige Paul I., wurde unter der nächsten Ver-  
wältigung seines Sohnes Alexander I. ermordet, und erst nach  
dessen von inneren Wirren begleiteter Abdankung im De-  
zember 1825 setzte jene Reihe der russischen Jaren ein, die die  
Völkerstaaten Russlands seit einem Jahrhundert in ihrem  
blutigen Vann halten. Diese Jarenreihe wird gleichsam ge-  
leitet von Nikolaus II., in dessen Gestalt die schmachvollsten  
Seiten des russischen Absolutismus zur Verherrlichung gelangt  
sind.

Man kann sich kaum eine trefflichere Illustration und zu-  
gleich eine schärfere Verhöhnung des Systems der erblichen  
Monarchie denken, als diesen Herrscher von Gottes und der  
Mutter Gnade, den Busenfreund der Pogromisten, den Beschützer  
der christlichen Diebe und Straßenzünder, den Protektor der  
Gentei und der Gefängnisbittler. Wurde Alexander I., der als  
König höher stand als diese aus seinem Geschlecht, von diesem  
System zum Vätermord getrieben, so wird Nikolaus II., an der  
Wiege der modernen Umgestaltung Russlands durch das  
selbe System zum Mörder, zum Eibdröcker an den Völkern  
schafften Russlands gemacht, und in dieser ihm von der Ge-  
schichte auferlegten „Mission“ gelangen alle Reime der Graus-  
samkeit, des Menschenhasses, alle Väter und Verbrechen zur  
Entfaltung, die seine Abenteurer in die Seele dieses mit un-  
begrenzter Herrschermacht ausgerüsteten Degeneranten gelegt  
sind. Gerade weil die Geschichte ihn an historischen Wendepunkte  
Russlands zum Träger der absoluten Regierungsgewalt  
und damit zum „legitimen“ Vertreter aller Verblödeten und  
Belächelten gemacht, tritt er mit seiner ganzen Politik das  
Wort der Märchen von dem „über den Parteien“ stehenden  
Monarchen mit eigenen Füßen in den Staub.

Will man jetzt, anlässlich des „Regierungsjubiläum“  
des Jarenhauses das Postt seiner geschichtlichen Bedeutung  
ziehen, so muß man vor allem die charakteristische Eigenart  
der letzten Regierung in Betracht ziehen. Hier tritt mit aller  
Deutlichkeit hervor, daß die nach Selbstbestimmung ringenden  
Völkerstaaten Russlands in ihrer kulturellen Entwicklung auf-  
gehalten, und daß die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen  
Reiches gehemmt wird. Der Jarentismus, als die Verkörperung  
der korruptesten, unfähigsten, eigennützigsten Form der Re-  
gierungsgewalt, als der Vertreter der engen Standesinteressen  
junckerlich-plutokratischer Sippen, hat sich in den schärfsten  
Gegensatz gestellt zu allen kulturellen und wirtschaftlichen Be-  
strebungen des 160-Millionen-Reiches. Daran ändert die  
äußerliche Europäisierung des Staatswesens mit ihren pseudo-  
konstitutionellen Einrichtungen nur sehr wenig. War der  
Jarentismus nach der japanischen Niederlage selbst mit seinen  
bisherigen Bundesgenossen zerfallen, so steht er jetzt, unter-  
stützt von Großgrundbesitz und Großkapital, ausgerüstet mit  
allen Nachmitteln des Militarismus, der Kirche und der Ver-  
waltung, feindselig allen Kräften gegenüber, die den Volks-  
staat aufbauen, mit seinen Götzen und Kertern, mit seiner  
Kulturfeindschaft und Barbarei, in einen modernen Rechts-  
staat verwandelt werden, in dem die treibenden Kräfte der  
kapitalistischen Entwicklung erst zur freien Entfaltung gelangen  
können.

Die energischste Vorkämpferin einer solchen Entwicklung  
ist die revolutionäre Arbeiterklasse Russlands, und eben des-  
halb richtet sich der ganze Haß des in Nikolaus II. verkörperten  
Regierungssystems gegen sie. Er klammert sich mit der Angst  
der Verzweiflung an die überlebte Gewalt, er zieht aus den  
ihm nachstehenden Schichten Verbündete heran, er scheidet keinen  
Eidbruch und kein Vort, um den Vorwurf dieses gefährlichsten  
Feindes von sich abzuwehren. Er kämpft allerdings auch  
gegen die „Fremdstämmigen“: die Juden, die Armenier und  
Bruffier. Er zertrümmert, alle seine Eide brechend, die Selbst-  
ständigkeit und die Freiheit Finnlands. Er sucht feberhaft  
jeder Artredakte in den Grenzgebieten vorzubringen und be-  
günstigt deshalb die chauvinistische, nationalistische Ver-  
schwörung der Volksmassen. Aber seinen Hauptkampf führt er  
doch gegen die Arbeiterklasse, die Trägerin der russischen Re-  
volution. Der Blutsonntag in Petersburg, die Strafverur-  
teilungen der Revolutionäre, der Staatsstreich vom 16. Juni,  
das Vorturteil gegen die sozialdemokratischen Dumaabgeord-  
neten, die Zehntausende von Gefangenen und Verbannten, die  
Marschgräber der Arbeiter in den Kasernen sprechen  
eine deutliche Sprache dafür. In dieser Haltung gegen die re-  
volutionäre Arbeiterklasse scheint der Jarentismus instinktiv den  
Weg gefunden zu haben, den der heutige Entwicklungsgrad  
des westeuropäischen Kapitalismus ihm weist. Die west-  
europäische Vörsie war es, die den Absolutismus in Russland  
1906 vor der Kapitulation rettete; der westeuropäische Im-  
perialismus ist es heute, der den innerlich faulen russischen  
Jarentismus zu einem Eckstein der Weltpolitik gemacht hat, und  
den russischen Politikern als einen Schutzwall gegen die  
steigende Flut der proletarischen Bewegung aufrichtet.

Dieser fundamentale Zwiespalt ist es, der in allen  
Ländern Westeuropas eine verschiedenartige Haltung zu der  
russischen Jarenteile hervorruft. Die herrschenden Klassen  
vergessen anfänglich dieser Feler der Romanow-Dynastie alle  
politischen Gegensätze zu Russland, denn die Festigung der  
russischen Monarchie bedeutet auch für sie einen wesent-  
lichen Gewinn. Im schärfsten Gegensatz hierzu nehmen die  
Volksmassen auch zu dieser monarchischen Feler die feind-  
seligste Haltung ein. Nicht nur, weil sie in dem russischen  
Jarentismus die widerwärtigste, kulturfeindsliche Form des  
monarchischen Regierungssystems sehen, nicht nur, weil die  
mörderische innere und äußere Politik des Jarentismus den  
schärfsten Protest herausfordert, sondern vor allem deshalb,  
weil der Jarentismus, trotz seiner europäischen Schönheits-  
pflechten, ein wichtiges Element bildet für den Aufschwung  
der internationalen Arbeiterbewegung und des demokratischen  
Fortfortritts.

Die gedämpfte Opferfreudigkeit.  
Von einer großen Begeisterung für das geforderte  
Milliardenopfer ist in der bürgerlichen Presse verdammt  
wenig zu hören. Freilich mag sein Vort, sich offen gegen  
den Regierungsvorschlag auszusprechen, aber man kommt von  
allen Seiten mit den verschiedenartigsten Einwänden und Ver-  
denken. Die Kreuzzeitung äußert noch einmal die Befürchtung,  
daß die einmalige Abgabe der erste Schritt zu einer Reichs-  
vermögenssteuer sein könne. Der Vort sei in Deutschland  
durch die Einzelstaaten und Gemeinden schon reichlich genug  
belastet. Das Vorterbblatt schreibt:  
„Gleichwohl ist der Gedanke einer reicheligen Vermögens-  
steuer die bekannte Entwicklung der letzten Jahre so in den Vorder-  
grund getreten, daß der jetzt die Landesverteidigung verlangte  
große Betrag nicht wird geleistet werden können, ohne diesem  
Gedanken Rechnung zu tragen. Aber diese Veranlassung des Vort  
darf nicht jedes Maß und jede Grenze überschreiten, und das einmalige  
große Opfer, das bei Durchführum des jetzt aufgestellten Vortungs-  
planes den Vorkämpfern der größeren Vermögen einseitig auferlegt  
werden soll, kann naturgemäß nicht unbedacht bleiben, wenn es sich  
um den weiteren Ausbau der Reichsfinanzanlagen handelt.  
Die Vorkämpfer des Reiches kommt, wie wir schon hervorgehoben, allen  
Bedürftigkeitsklassen zugute, nicht zuletzt den landarbeitenden

Klassen. Deshalb scheint es uns durchaus am Platze, schon jetzt  
darauf hinzuweisen, daß auch das System der indirekten  
Steuererhebung, das in fast allen Kulturländern immer noch  
weit stärker ausgebildet ist als bei uns, auf die Dauer unmöglich  
so vollständig in der Verfertigung verschwinden kann, wie das jetzt  
der Fall ist.

Also die Kreuzzeitung verlangt, daß man auch recht  
bald das indirekte Steuersystem weiter ausbaue.

Für die eine Milliarde, die hier einmal die Besitzenden  
auf sich nehmen, sollen den breiten Massen viele Milliarden  
aufgeladen werden. Höchst komisch wird übrigens den Volks-  
massen, die so schwer unter dem Druck der indirekten Steu-  
erung leiden, die Behauptung der Kreuzzeitung in die  
Ohren klingen, daß bei uns das System der indirekten Steu-  
erung in der Verfertigung verschwinden sei. Davon merken  
die Massen leider nichts.

Die Volksliche Zeitung ist der Meinung, daß ein Teil der  
Besitzenden, wenn man ihrem Geldbeutel zu sehr zu nahe tritt,  
ihren Patriotismus dadurch beweisen werden, daß sie den  
deutschen Staat von ihren Jäten schütteln und in ein anderes  
Land ziehen, wo man nicht so hohe Anforderungen an ihre  
Opferwilligkeit stellt. Das Vort fährt unter anderem aus:

„Es gibt recht viele wohlhabende und reiche Leute, die ihren  
Aufenthalt und Wohnort frei bestimmen können. Nicht bloß Rentner,  
sondern auch Geschäftler, namentlich ältere, großer Unter-  
nehmungen. Jäten sie sich im Deutschen Reich überbietet, so  
liegt ihnen der Gedanke nahe, ihr Vort außerhalb des Deutschen  
Reiches aufzuschlagen, wo sie gern aufgenommen werden und viel-  
fach, beispielsweise in einzelnen Kantonen der Schweiz, auf lange  
Jahre Steuerfreiheit genießen. Es ist selbstverständlich, daß die  
Vortgebung eine solche Abwanderung nicht zu fördern hat, zumal  
da mit der Vermögensabgabe auch die Einkommensteuer und mancher  
sonstige wirtschaftliche Vortteil dem Heimatort verloren ginge. Wenn  
man kleiner mit Vorkamp vergleicht, so ist man die Wirkung  
eines Steuerunterschiedes schon an dem Vorkamp steuerkräftiger Vorkamp  
von Berlin nach Brunenwald. Die Verhältnisse bei der Vermögens-  
abgabe liegen mannigfach anders, aber nicht durchweg besser. Die  
Abwanderung einer namenswerten Zahl Steuerzahler ins Ausland,  
wenn die Vermögensabgabe nicht in möglichen Grenzen bleibt, ist  
alles eher als ausgeschlossen.“

Die Volksliche Zeitung muß ja wohl die patriotische  
Opferwilligkeit ihrer Leute kennen.

Die zentrale Kölnische Volkszeitung glaubt mitteilen zu  
können, daß auch im Reichstage die einmalige Vermögens-  
abgabe eine wohlwollende Aufnahme finde. Dann gibt sie der  
Auffassung Ausdruck, daß man doch, jetzt endlich von dem Alp  
der drohenden Erbschaftsteuer befreit sei, und behauptet, daß  
als Ergänzungsteuer für die fortläufigen Ausgaben eine  
Dividendensteuer ins Auge gefaßt sei. Ueber die Höhe der  
dauernden Ausgaben macht die Kölnische Volkszeitung  
folgende Angaben:

Ueber den Umfang der Vorkampvorlage sieht so viel fest, daß  
die einmaligen Ausgaben eine Milliarde die fortläufigen Aus-  
gaben mitläuft den Jäten noch mehr als eine Milliarde betragen,  
die nach Ansicht des Reichskassendirektors auf fünf Jahre, nach dem  
Wunsche des Kriegsministeriums auf drei Jahre verteilt werden  
sollen; doch ist über die Frage, ob Triennium oder Quinquennat,  
noch keine Entscheidung getroffen worden.

Also eventuell in drei Jahren 1000 Millionen Vorkamp  
laufende Ausgaben. Das würde bedeuten, daß jedes Jahr  
etwa 333 1/3 Millionen Vorkamp zu zahlen wären.

Die Germania behauptet, die Anregung zu dem  
Vorkamp, eine einmalige Vermögensabgabe zu erheben, sei  
von Wilhelm II. ausgegangen. Ueber die Pläne zur Dedung  
der laufenden Ausgaben will die Germania folgendes erfahren  
haben:

Bezüglich der Dedung der dauernden Ausgaben fest fest,  
daß außer der Vorkampvorlage noch weitere Vorkampvorlagen  
zu erwarten sind. Man rechnet für die Vermögensabgabe  
steuer mit einem Ertrag von etwa 76 Millionen; bei der gleich-  
falls im Bereich der Möglichkeit liegenden Erbschaftsteuer-  
vorlage rechnet man mit etwa 80 Millionen, doch dürfte dieser  
Betrag zu hoch gestritten sein; vielleicht wird diese Steuer nur  
40 bis 45 Millionen bringen. Außer einer dieser beiden Steuern  
sind noch weitere Vorlagen zu erwarten. Die Ermäßigung  
der Judentsteuer soll weiter hinausgeschoben werden,  
woraus man einen Gewinn von 40 Millionen erwartet. Entwer-  
den soll, wie wir hören, der Grundwertsteuergesetz mit  
12 Millionen Vorkamp zunächst beibehalten werden. Viele Ein-  
nahmen würden günstigenfalls 130 Millionen, ungünstigenfalls  
100 Millionen bringen, so daß also innerlich ein Betrag von  
rund 80 Millionen zu decken bliebe. Die Schwertner-Edwigschen  
Vorkamp dürfen nicht mehr in Frage kommen; dagegen  
trägt sich, wie wir erfahren, die Reichsregierung mit dem Gedanken,  
neben den geplanten Steuern mehrere Monopole einzuführen.

Also selbst, wenn die Erbschaftsteuer und die Ver-  
mögensabgabesteuer kommen, würden noch etwa 80 Millionen  
fehlen, ohne daß man bisher weiß, woher man das Geld  
nehmen soll. Das Ende vom Vrede wird sein, daß man durch  
neue indirekte Steuern die Lasten, die auf den Schultern der  
Massen liegen, um ein Beträchtliches erhöhen wird.

Die englischen Arbeiter über das deutsch-französische Manifest.  
Paris, 4. März. Unser englisches Bruderblatt Daily Crition  
veröffentlicht heute das Manifest der deutschen und französischen  
Sozialdemokratie. Das Organ des englischen Proletariats schreibt,  
daß das Manifest einen radikalen Umschwung in den Ver-  
hältnissen der Nationen einleite. Die neue Stellungnahme der  
Nationen gegenüber sei ein großes Hindernis im Wege jener, die  
die Fägel der Regierung in Händen hätten, wie auch jener, die im

ihnen als Rüstungsfabrikanten oder Bucherer ihre Schächeln ins Trockene zu bringen hoffen. Teilig Citigen deutet dann: „Es wäre müßig, an die Vernunft der herrschenden Gewalthaber zu appellieren; es bleibt daher nur ein Mittel, ihre unheilvollen Pläne zu durchkreuzen; und das ist, den Krieg für sie gefährlich zu machen durch den Widerstand von unten. Ein derartiger Widerstand auf internationaler Grundlage verspricht der neuen Grundung der europäischen Situation, die wirkliche Verteidigung des europäischen Friedens zu werden.“

Der Generalstreik verschoben!

Budapest, 4. März.

Da zu erwarten stand, daß es heute im Reichstag wieder zu Zusammenstößen zwischen der Opposition und dem Präsidium kommen würde, waren trotz bestiger Kälte die Straßen schon am frühen Morgen mit Militär besetzt. Vor den städtischen Theatern und den staatlichen Gebäuden waren Militärpatrouillen aufgestellt.

Am 11. Uhr mittags zog die gesamte vereinigte Opposition in den Reichstag. Als das Lehrgesetz im Plenum verabschiedet war, hielt der Führer der Opposition Graf Albert Apponyi eine lange Rede, in der er Einspruch dagegen erhob, daß dieser Gesetzesentwurf verhandelt werde, ohne daß die Verletzung der Hausordnung und die Gesetzeswidrigkeit vom 4. Juni ausgeglichen würde. Er protestierte in energischer Weise auch gegen das Wahlrechtsgesetz und die gesamte Opposition verließ dann ruhig wieder das Parlament. — Ministerpräsident Lukács hielt darauf eine Rede, in der er seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß die Opposition das Wahlrechtsgesetz kritisierte und dann wieder das Parlament verließ. Er beantragte, daß das Wahlrechtsgesetz weiter debattiert werde. — Nachdem noch ein Abgeordneter das Wort dazu genommen, wurde die heutige Reichstags-Sitzung geschlossen.

Das Vorgehen der Opposition hat in der Hauptstadt große Enttäuschung hervorgerufen. Man hatte bestimmt erwartet, daß die Opposition im Reichstage radikal vorgehen und daß die Vorgänge vom Juni sich wiederholen würden. Jedermann glaubte, mit dem Einzug der Opposition ins Parlament sei auch das Zeichen zum Generalstreik gegeben.

Unter dem Eindruck dieser Reichstags-Sitzung und der Handlungsweise der Opposition hielt die Parteileitung der Sozialdemokratie im Laufe des Nachmittags eine Sitzung ab, die bis 6 Uhr abends währte. Es wurde beschlossen, nachstehendes Manifest herauszugeben und noch im Laufe des heutigen Abends im ganzen Lande zu verbreiten:

„Die sozialdemokratischen Arbeiter waren bereit, ihr Leben, ihre Freiheit, ihre Organisationen, alles aufs Spiel zu setzen, um das Tageswahlrecht zu erringen und das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht zu erringen. In der heutigen politischen Lage wäre dies nur durch eine gemeinsame Straßen- und Parlamentarrevolution zu erreichen gewesen. Die parlamentarische Opposition verweigerte sich gegen die Verhandlung dieser Vorlage und verließ das Abgeordnetenhaus. Dieses Vorgehen entzweit die Arbeiter und gewichtigen Gründen und hatte die Wirkung, daß der parlamentarische Kampf mit diesem Protest sein Ende erreichte. Ohne parlamentarischen Kampf bleibt der Straßenkampf, mag er noch so heldenhaft und aufopfernd sein, erfolglos. Er würde nur dazu dienen, daß die Regierung durch einen Massenmord die festeste und sicherste Diktatur des allgemeinen Wahlrechts, die Sozialdemokratie Ungarns, schwächen und durch die Unterwerfung den Kampf der Arbeiterklasse zurückschleichen würde. Im Bewußtsein dieser unserer großen Verantwortlichkeit sind wir unter diesen Umständen in diesem Augenblick genötigt, von der Anwendung der Waffe des Generalstreiks abzusehen. So wie es eine unausbleibliche Pflicht für uns alle ist, daß wir für die Volkswirtschaft alles aufs Spiel setzen, wenn wir hoffen dürfen, daß aus der blutigen Erde der Baum der Freiheit entspringen kann, eine ebensolche moralische Pflicht und ein politischer Pflichtenkreis ist in diesem Moment das Volk vor die Wahl zwischen Waffengewalt und Waffengewalt zu stellen. Was das Tages-Parlament betrifft, ist kein Gesetz. Was immer dort beschlossen wird, bedeutet nicht einmal die zeitweilige Erledigung der Wahlrechtsfrage. Der amtliche Redner der vereinigten Opposition hat im Namen dieser Partei in der Sitzung des Abgeordnetenhauses ein Gelächde geleistet, das die Proklamierung des Entwurfes zum Gesetz die oppositionellen Parteien keinen Moment in der fortgesetzten Arbeit aufhalten wird, deren Ziel im Sinne der sozialdemokratischen Partei und der verbündeten oppositionellen Parteien die Schaffung eines ersten, aufrichtigen demokratischen Wahlrechts ist. Der Kampf der oppositionellen Parteien für die Verwirklichung des christlichen Wahlrechts dauert also weiter, und die sozialdemokratische Partei wird an diesem Kampfe in jeder Form teilnehmen. Es wird daran teilzunehmen, indem sie die Vorbereitungen zum Generalstreik mit noch intensiverer und gründlicherer Arbeit als bisher fortsetzt, die revolutionäre Stimmung, die materielle Verunsicherung der Arbeiterklasse noch mehr verstärkt, um den politischen Generalstreik in jenem Moment beginnen zu können, welchen die Vertrauensmänner der Arbeiterpartei, nicht aber die Waffengewalt des Grafen Tisza für richtig halten.“

Die Genossen mögen ohne Ermüden die Vorbereitungen zum Massenstreik fortsetzen. Sie mögen keinerlei Provokation ausüben. Mit der Fähigkeit und der revolutionären Energie sozialdemokratischer Arbeiter wollen wir den Kampf für das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht weiterführen.“

Dienstag früh wurde unter Budapest Parteiarbeitern wieder konfiszieren. Besonders hatte es der Polizei ein Gedicht angetan, das an der Spitze des Blattes stand, und das den Titel führte: „Schließ nicht, mein Sohn, denn auch ich bin dabei!“ Es ist ein Gedicht, in dem eine Mutter ihren beim Militär stehenden Sohn ermahnt, nicht auf das Volk zu schießen, denn auch sie, seine Mutter, sei dabei. Um zehn Uhr vormittags konfiszieren die Polizei im Volkshaus ein vor einigen Tagen herausgegebenes Flugblatt an die Pergarbeiter. Auch in der Provinz verfährt die Polizei nach hauptstädtischem Muster. In mehreren Provinzstädten wird durch Plakate dem Volk bekannt gegeben, daß Volksversammlungen, Aufmärsche, Demonstrationen und überhaupt alle Zusammenkünfte von Personen verboten sind.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

Die Spezialdebatte des Marineetat, die in der Sitzung vom Dienstag zu Ende geführt wurde, erstreckte sich fast ausschließlich auf Arbeiterfragen, die zum Teil schon am Vortage erörtert worden waren. Der Zentrumsmann Giesberts bezog sich hierbei auf die von unseren Rednern angefochtene Bestimmung in der Arbeitsordnung der Werften, die sich ausdrücklich gegen sozialdemokratische Agitatoren wendet. Herr Giesberts trat zwar für die Beseitigung dieser Bestimmung ein, aber die

Vegründung, die er seiner Stellungnahme gab, kennzeichnet viel besser ihn selbst und die Politik seiner Partei. Er sagte nämlich, die Bestimmung habe sich doch als wirkungslos erwiesen! Genosse Legien, der nach ihm zu Worte kam, verurteilte es selbstverständlich nicht, den Redner des Zentrums auf sein erhabenes Gerechtigkeitsgefühl aufmerksam zu machen. Im übrigen vertrat unser Redner gegen den Staatssekretär und seine Umgebung die Rechte und Interessen der Arbeiter der Marineverwaltung. Er stellte dabei die Mindestforderung auf, die auch für Herrn v. Tirpitz selbstverständlich sein müßte: daß in den Reichsmarinabetrieben mindestens die Lohn- und Arbeitsverhältnisse guter Privatbetriebe herrschen. Gegen die bequeme Ausrede der Marineverwaltung, daß immer ein großer Andrang zu ihren Arbeitsstellen zu verzeichnen sei, führte Genosse Legien eine Reihe höchst interessanter Zahlen an, die beweisen, wie groß der Wechsel in diesen Betrieben ist. Den unangenehmen Nachweis, aus dem hervorgeht, wie leicht enttäuscht die sich angeblich zu dieser Tätigkeit drängenden Arbeiter sind, suchte der Admiralitätsrat Harms durch eine eigene Statistik zu entkräften. Der Versuch mißlang ihm: Legien erneuerte und ergänzte seinen absolut unüberleglichen, zahlenmäßigen Beweis.

Nach Annahme einer Reihe von Resolutionen und nach kurzer Erledigung des Nachtragsetat für Neufamerun wurde die Generaldebatte des Reichskolonialismus eröffnet. Genosse Henke sprach, wie im vorigen Jahre, als erster Redner unserer Fraktion. Die Denkschrift, die der Gouverneur von Ostafrika, Dr. Schöne, über die Befriedung unserer Kolonien ausgearbeitet hat, gab ihm Veranlassung, die Befriedungsfrage in längeren Ausführungen zu behandeln. Aus der Denkschrift und aus anderen Dokumenten wies er nach, daß der einseitig phantastische Plan, in den Schutzgebieten eine großartige Ansiedlung möglich zu machen, absolut gescheitert ist. Dasselbe konnte er von Kamerun sagen, und er empfahl statt dieser von uns immer bekämpften Methode die Pflege der Eingeborenenkultur. Freilich würden hierdurch die Plantagenbesitzer einigermaßen mißgestimmt werden, die heute die Anwerbung eingeborener Arbeiter, in anderen Worten den Arbeitszwang oft in der brutalsten Weise durchgeführt haben wollen. Dagegen wie überhaupt gegen die Mißhandlung der Eingeborenen, gegen ihre meist planmäßige Vernichtung wandte sich Genosse Henke mit aller Entschiedenheit, und auch gegen die Gefahr von Aufständen nannte er als das beste Mittel die menschenswürdige Behandlung der Farbigen. In seinen Schlussausführungen brachte er die prinzipielle Ablehnung der kapitalistischen Kolonialpolitik durch die Sozialdemokratie zum Ausdruck.

Eine Lex Simplifizismus?

Gegen den Simplifizismus, der dem katholischen wie dem protestantischen Merkantilismus mit den Waffen der Satire derb zu Leibe rückt, fordert die schwarzblaue Presse eine Verhärterung des Strafgesetzes. Die Germania führt — nicht ohne die üblichen Entstellungen — einige Sätze der vorletzten Simplifizismus-Nummer an und schreibt dazu:

Und diese pöbelhaften Gemeinheiten befinden sich in einer einzigen Nummer des Simplifizismus! Die Deutsche Tageszeitung bemerkt mit Recht, daß eine derartig gehäufte, hiesemal geradezu alberne Verhöhnung heiliger Worte, christlichen Glaubens und heiliger Bräude geradezu skandalös ist, und sie verlangt darum mit nicht minderem Recht, daß unsere Strafgesetze ergänzt und verstärkt werden, wenn sie nicht hinreichen, die Verhöhnung und Herabwürdigung des Heiligsten zu verbieten. Darüber wird sich nun wohl in der liberalen Presse wieder ein Jergerschei wegen angeblicher Beschränkung der Freiheit der Presse erheben!

Dabei hat aber eben erst in Berlin die Negitatorin Marie Langer-Frühlich erfahren müssen, daß die Freiheit der Kritik an der Kirche und ihren mehr oder weniger würdigen Dienern auch unter den heutigen Gesetzeszuständen den stärksten Beschränkungen unterworfen ist. Wegen Vortrags eines antikirchlichen Gedichtes in einer Berliner Versammlung zur Weihnachtzeit 1911 wurde sie, nach Aufhebung des erstirrtlichen Freipruchs durch das Reichsgericht, auf Grund § 166 St.-G. (Verhöhnung von Einrichtungen der christlichen Kirche) zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Die schwarzblaue Presse überdies übrigens in dieser Sache den Liberalismus bedeutend. Zwar würde er gegen eine Lex Simplifizismus den landesüblichen Protest erheben, doch würde er sich nicht scheuen, im Fall einer Reichstagsnawahl dem 1912 verfrachten schwarzblauen Volk wieder auf die Kniee zu helfen und damit den Weg für das gewünschte Gesetz freizumachen. Und der Versuch, bei der Abstimmung über die Aufhebung des Jesuitengesetzes die Beschränkungen der Antikirchlichen Kritik zu erleichtern, ist am Mannesmut der Nationalliberalen traurig gescheitert.

Die polnische Milliarde.

Eine Novelle zum An siedlungs-gesetz für Polen und Westpreußen ist dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen. Sie fordert zunächst für allgemeine An siedlungs-zwecke 175 Millionen Mark, von denen 100 Millionen Mark zur Festigung bäuerlicher Güter durch Umwandlung in An siedlungs-rentengüter und zur Förderung der Schaffung von Arbeitern auf dem Lande zu verwenden sind. Weiter verlangt das neue Gesetz 55 Millionen für die Fortsetzung der Siedlungstätigkeit, die dauerliche Festigung und die Erhöhung des Fonds für Domänen und Fortankäufe.

Da durch die An siedlungs-gesetze bereits 725 Millionen der Regierung zur Verfügung gestellt wurden, wozu jetzt noch 230 Millionen kommen sollen, nähert sich der für diese Zwecke angelegte Betrag bereits der ersten Milliarde. Die Begründung des Gesetzesentwurfes rühmt natürlich die Förderung, die das Deutsche Reich durch die An siedlung erfahren haben soll, sieht sich aber doch genötigt hinzuzusetzen:

„Obwohl der wirtschaftliche Aufschwung der beiden Provinzen besonders dem dortigen Deutschum zugute gekommen ist, ist es doch noch nicht so weit erfahrt, daß es aus eigener Kraft den wirtschaftlichen Widerkampf gegen das Polentum mit Erfolg fortzuführen und eine weitere staatliche Förderung durch Siedlung und Festigung entbehren könnte. Dazu kommt, daß sich das Polentum weiter kräftigt und als Ganzes fortschritte macht. Ein weiterer Beweis für die wirtschaftliche Entwürdigung des Polentums ist die Gründung von sieben neuen polnischen Darlehensbanken zu den bestehenden 24. Einem erneuten mächtigen Vordringen des Polentums auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens der beiden Provinzen kann nur durch die beharrliche Fortsetzung der Siedlung und Festigung begegnet werden.“

Wenn in zwei, drei oder fünf Jahren neue Forderungen hervortreten, werden wir natürlich wieder erfahren, daß das

Polentum sich inzwischen gekräftigt und Fortschritte gemacht hat. Ergebnis: die Polen bleiben Polen, ihre begreifliche und berechtigte Erbitterung gegen den preussischen Staat wird aber nur gelindert. Eine vernünftige und gerechte Polenpolitik würde die Grenzen, für deren Befestigung jetzt Hunderte von Millionen ausgegeben werden sollen, besser sichern als alle Lung der Grenzbevölkerung bedeutet eine Schwächung des Deutschen Reichs, die durch militärische Maßnahmen nicht mehr gemacht werden kann.

Es wird weiter geschossen.

Aus Halle a. S. wird gemeldet: In der Dölauer Weide fand ein Duell zwischen Offizieren statt. Dabei wurde Leutnant Quiring vom Infanterieregiment Nr. 160 durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt.

Bekanntlich hat der Bundesrat den Beschlüssen des Reichstags, die auf eine energische Bekämpfung des Duellwesens hinwirken sollen, seine Zustimmung verweigert, und der verprochene neue Erlass ist auch ausgeblieben. Nach wie vor betrachtet man in Offizierskreisen des Gees als nicht existierend.

Dem Reichstag, dessen Wünschen auf Verringerung der militärischen Zustände jedes Entgegenkommen verweigert wird, wird aber zugemutet, blindlings und unbedenken alle Forderungen des Militarismus anzunehmen, und das Zentrum, das vom Kriegsminister, Herrn v. Heeringen, in der brüchigsten Weise abgefertigt wurde, wird demselben Kriegsminister die neue Militärvorlage mit Hurra bewilligen.

Rückgang des Viehbestandes in Westfalen.

Nach der vorläufigen Feststellung wurden in Westfalen am 2. Dezember 1912 amtlich gezählt: 173 157 Pferde, 720 199 Rinder, 129 430 Schafe, 1 306 932 Schweine. Gegen das Vorjahr liegt die Zahl der Pferde um 1642, die Zahl der Rinder um 6649 Stück, aber die Anzahl der Schafe ging um 8920 und die der Schweine um 121 282 Stück zurück.

Dieser Rückgang beweist, wie stark sich bei der erheblich genommenen industriellen Bevölkerung Westfalens die Fleischnot bemerkbar gemacht haben muß.

Aus dem Senatskonvent des Reichstags.

Der Senatskonvent des Reichstags entschied sich am Dienstag über die geschäftlichen Dispositionen vor und nach den Ferien. Die Ferien sollen am 8. März beginnen. Mittwoch den 5. März findet ein Samstags-Sitzung statt. Auf der Tagesordnung wird der Antrag der Konservativen über die kleinen Garnitionen stehen. Angehörige sollen Pensionen erlangt werden. Man glaubt, bis Ende der Woche den Kolonialetat erledigen zu können. Die große Militärvorlage wird wahrscheinlich dem Reichstag Ende März zugehen. Nach den Ferien, die am 2. April enden sollen, wird dann die Militärvorlage mit den dazu eingehenden Deckungsvorlagen zunächst in erster Lesung erledigt werden. Darüber hinaus konnte geschäftlich nicht disponiert werden. Nur soll der Senat dann so schnell wie möglich bis zur dritten Lesung zu Ende beraten werden.

Railmonopol.

Bei der Besprechung der Ergebnisse, die die Votierungen nach Mail bisher in Lippe gehabt haben, erklärte Staatsminister Wiedenberg im Landtag, daß die Regierung sich gegen die Bestrebungen der Reichsregierung auf Schaffung eines Railmonopols wenden werde. Zum mindesten müsse versucht werden, Bestimmungen zu erlassen, die eine baldige Ausübung der vorhandenen Railgüter sichern. Die typische Regierung siehe in der Hinsicht auch nicht allein, denn verschiedene andere Bundesstaaten beabsichtigen in gleicher Lage und würden im Bundesrat dieselbe Stellung einnehmen.

Fahrtverordnungen der Berliner Stadt- und Ringbahnen in Sicht. Zur Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahnen stimmt die Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses einer Resolution vom 25. März zu. Gleichzeitig beschloß die Kommission, die Staatsregierung zu ermahnen, die Tarife so weit zu erhöhen, daß auch für die Vergrößerung des alten Anlagekapitals von 244 Millionen Mark Vorzüge getroffen ist. — Wenn diesem Verlangen Rechnung getragen wird, dann dürften die Tarife auf den Berliner Bahnen ungefähr verdoppelt werden.

Keine politische Nachrichten. Die Polizei in Posen läßt eine Veranlassung des polnischen Landwirtschaflichen Zentralrates auf, weil die Verhandlungen wie bisher stets in polnischer Sprache geführt wurden. Der davon betroffene Verein ist nicht politischer, sondern lediglich wirtschaftlicher Natur. — Der spanische Marineminister erklärte, daß in seinem Ministerium ein Entwurf über den Bau eines zweiten Geschwaders bereits ausgearbeitet wird.

Der Präsidentenwechsel in Amerika.

Washington, 4. März. Unter den lässlichen eindrucksvollen Feierlichkeiten vollzog sich heute der Wechsel in der Regierung und der Einzug des neuen Präsidenten Wilson in das Weiße Haus. Hierauf hielt Präsident Wilson seine Inaugurationsrede. Er sagte u. a.:

Es ist ein Wechsel in der Regierung eingetreten. Niemand kann im Jertum darüber sein, wozu die Nation jetzt die demokratische Partei zu benutzen gedenkt. Sie soll den Wechsel bewahren, der in ihren eigenen Wünschen und in ihrem Standpunkt eingetretten ist. Althergebrachte Dinge haben, mit selten und kritischen Augen betrachtet, ihr Aussehen verändert und erscheinen uns jetzt fremdartig und unheilvoll. Neues ist an ihre Stelle getreten. Wir sind aufgefrischt worden durch einen neuen Gedank in unserer eigenen Leben. Dieses Leben ist in mancher Beziehung wahrhaft groß. Aber mit dem Guten ist das Uebel gekommen und viel ecktes Gold ist zerstreut worden. Mit den Reichthümern kam eine unentgeltbare Verschwendung. Wir haben viel von dem verschleudert, was wir hätten brauchen können. Wir sind jetzt gewesen auf unsere industriellen Leistungen, aber wir haben dabei den Menschenwert nicht hoch genug geschätzt, den Wert der ausgedehnten Menschenleben, der über die peinigenden und zusammengebrochenen Existenzen, die peinigenden Seufzer aus den Bergwerken, den Fabriken und allen Stätten, wo der Kampf um das Dasein seinen eigentlichen Sitz hat, dieser ernste, zührende Unterang unter Lebens war nicht zu unseren Ohren gedrungen. Die große Regierung, die wir geleitet haben, ist zu oft zu privaten und selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht worden. Unsere Pflicht ist es nun, zu säubern, wiederherzustellen, das Schlechte zu beseitigen, was das Gute zu schwächen, das ganze öffentliche Leben zu vermindern und mit Humanität zu erfüllen, ohne es schwach oder sentimental zu machen. Es war etwas hartes und Heroisches in unserer Jagd nach dem Erfolg und der Größe. Unser Scheitern war, daß jeder Mann und jede Generation für sich selber zu sorgen habe, und wenn wir auch nicht bezweifeln hatten, daß unsere Nation dem bestbeachteten Name ebenso wie dem mächtigsten Namen mißachtet so waren wir doch sehr eilig in dem Zaun, groß zu werden. Jetzt sind wir zu ruhigen Nachdenken gekommen. Die Winde sind von unseren Augen gefallen, unser Werk ist ein Werk der Wiederherstellung.

Wir haben sorgfältig geprüft, was geändert werden muß: Die Hauptpunkte sind die folgenden: Wir haben einen Zolltarif, der uns von dem uns gebührenden Anteil am Weltmarkt abschneidet, die Grundzüge einer gerechten Besteuerung verlegt und die Regierung zu einem bequemen Werkzeug in der Hand privater Interessen macht. Wir haben ein Industrie- und Handelsgesetz, das das Kapital in den Händen der Geldherrschaft, die Freiheit beschränkt, die Arbeitslosigkeit beunruhigt und die natürlichen Quellen des Landes ohne Rücksicht auf Erneuerung und Erhaltung ausbeutet; eine Landwirtschaft, die noch nie ihre Kraft in großen geschäftlichen Unternehmungen erprobt, noch nie die Hilfsmittel der Wissenschaft sich unmittelbar auf den Farmen selbst zunutze gemacht und die ihren praktischen Bedürfnissen entsprechenden Kreditvereicherungen entbehrt hat.

Obenstehend haben wir die Mittel studiert und vervollkommen, wie die Regierung in den Dienst der Humanität gestellt werden könnte zur Förderung des Wohles der Nation, des Wohlwollens ihrer Männer, Frauen und Kinder, wie ihrer Rechte im Innern und Außen. Das ist keine Sentimentalität. Die feste Grundlage einer Regierung ist Gerechtigkeit, nicht Wohlstand. Und dies sind Aufgaben der Gerechtigkeit. Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit, die eigentliche Grundlage der Gerechtigkeit in einem politischen Körper, können nicht bestehen, wenn Männer, Frauen und Kinder nicht in ihrem Leben, in ihren eigenen Lebensbedingungen gegen die Folgeerscheinungen der großen industriellen und sozialen Prozesse geschützt werden, an denen sie nichts ändern, die sie nicht lenken und nur denen die einzelnen nicht fertig werden können. Die Gesellschaft darf ihre eigenen Glieder nicht zerzermalmen, jammern oder schädigen. Die erste Aufgabe der Regierung ist, die Gesellschaft gesund zu erhalten, ihre Kräfte zu erneuern. Sanitäre Gesetze, Nahrungsmittelgesetze und Gesetze über die Arbeitsbedingungen, welche die einzelnen für sich selbst verantworten nicht die Macht haben, das sind die wichtigsten und eigenartigen Aufgaben der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit.

Das ist einig von dem, was wir zu tun haben, ohne dabei das andere ungetan zu lassen, das Athergebrachte, das niemals verdrängt werden darf, das Grundgebäude, nämlich den Schutz des Eigentums und des persönlichen Rechts. Die Nation ist tief aufgedrückt von einer ersten Leidenschaft, von der Erkenntnis des Scheiterns, der idealen Verluste und des vielfachen Mißbrauchs der Regierung, die zu einem Werkzeug des Bösen gemacht wurde. Es handelt sich nicht um eine rein politische Aufgabe, sondern darum, daß wir imstande sind, unsere Zeit und die Not unseres Volkes zu verstehen, ob wir wirklich seine Wortführer und Dolmetscher sind, ob wir das reine Herz haben, unsere hohe Aufgabe zu verstehen, und den geläuterten Willen, uns für sie zu entscheiden. Ich rufe alle ehrenhaften Männer, alle Patrioten, alle vorwärts blickenden Männer an meine Seite. So wahr mir Gott helfe: Ich werde sie nicht im Stich lassen, wenn sie mir nur raten und beistehen wollen.

**Der neue Arbeitsminister.**

**Konstantinopel, 4. März.** Der frühere Kohlenbergmann und jetzige Kongressmitglied Wilson erhielt das Portefeuille des Arbeitsministeriums, das jedoch erst vom dem neuen Präsidenten geschaffen worden ist.

**Letzte letzte Regierungsaße.**

**Washington, 4. März.** Präsident Taft hat vor seinem Auscheiden aus dem Amt noch gegen die Bill für diverse Ausgaben in Höhe von 118 Millionen Dollar sein Veto eingelegt, weil eine Veranlassung der Fortlage der Regierung unterlag, die ihr zur Veranschlagung der Trufts bewilligten Mittel auch gegen Arbeiter- und Farmerverbände zu verwenden.

**Die Friedensvermittlung.**

**Konstantinopel, 4. März.** Auch in offiziellen Kreisen wird nunmehr erklärt, daß die Verhandlungen mit den Großmächten eine Einigung bezüglich mehrerer Punkte für den Friedensschluß der nahe bevorstehe, ergeben haben. Das Komitee für Einheit und Fortschritt hielt nachmittags eine Sitzung ab, der große Bedeutung zugeschrieben wird.

Die Vertreter der Mächte haben an die Regierungen der Verbündeten bereits die Aufgabe gestellt, ob die Verbündeten die Vermittlung der Großmächte für den Abschluß des Friedens mit der Türkei annehmen. Es wurde erwidert, daß sich die Verbündeten untereinander ins Einvernehmen setzen wollen.

**Die Bedingungen der Balkanstaaten.**

**Paris, 4. März.** Der Exzeßler meldet aus Rom: Hier wird bekannt, daß die verbündeten Balkanstaaten folgende Bedingungen unterbreiten werden: 1. Alle Feindseligkeiten müssen sofort eingestellt werden; 2. Die Türkei tritt Adrianopel, Sütari und Janina ab; 3. die türkisch-bulgarische Grenze geht über Rodos und Midia; sie wird in ihren Grenzen von einer militärischen türkisch-bulgarischen Kommission überwacht; 4. die Halbinsel Gallipoli wird an Griechenland abgetreten; 5. die Inseln, die die Griechen im Ägäischen Meer besetzt haben, sollen Griechenland zu; 6. die Türkei zahlt den Alliierten eine Kriegsschadensentschädigung, die verschiedenlich bemessen werden soll; 7. die Kriegsgefangenen werden bei möglichst kurzer Frist ausgetauscht; 8. dem Sultan wird die Genehmigung erteilt, in den Balkanstaaten einen religiösen Repräsentanten zu unterhalten, dem die Verwaltung der Moscheen unterstellt ist.

**Die türkische Haltung.**

**Konstantinopel, 4. März.** In der türkischen Presse wird eine etwaige Aufnahme der Friedensverhandlungen erörtert, wobei man den Gedanken einer von der Türkei zu leistenden Kriegsschadensentschädigung einmütig zurückweist. Diese wäre nur denkbar, wenn die Alliierten die Fischfabrikation zu durchbrechen imstande wären. Ferner meinen die Blätter, daß man mit der Fortsetzung des Krieges rechnen müssen, wenn der Friede nicht vor Eintritt des Frühjahres unterzeichnet sein sollte.

Die Agence Ottomane veröffentlicht neue ausführliche Mitteilungen des Großwesirs Mahmud Scherwet Pascha, der unter anderem erklärt, ein unmittelbarer Friedensschluß sei nicht denkbar. Adrianopel sei nicht abgetreten worden, aber die Verhandlungen mit den Mächten dauerten fort. Es fänden keine direkten Verhandlungen mit Bulgarien statt. Die Türkei habe die Vermittlung der Mächte angenommen und seine Vorschläge den Mächten vorgelegt. Die Mächte würden jetzt zweifellos Bulgarien nach seinen Vorschlägen fragen. Die Entscheidung der Mächte sei für die Türkei nicht bindend. Die Türkei lehne die Vermittlung eines Kriegsschadens ab. Der Großwesir bekräftigt diese Absichtung ausdrücklich und hofft, die Alliierten der Türkei würden gleichfalls die bulgarischen Forderungen nach einer Kriegsschadensentschädigung ablehnen. Trotzdem glaubt man hier vielfach noch immer, die Welt könne durch einen plötzlichen Friedensschluß überrascht werden.

**Türkische Fluggeschäfte.**

**Reipzig, 4. März.** Die türkische Regierung bestellte bei einer letzten Flugzeugbestellung dringend 12 Doppeldecker mit Motorleistung von 100 PS, von denen zwei sofort abgeholt werden sollen. Eine Bestellung von weiteren 48 Flugzeugen wird erfolgen, sobald die erste Bestellung ausgeführt sein wird.

**Befehung Santi Quarantas durch die Griechen.**

Ein Teil der griechischen Flotte hat gestern die albanische Hafenstadt Santi Quaranta hart nördlich von Korfu, wo die Griechen schon einmal zu Lande versuchten, bombardiert, und griechische Truppen haben den Ort darauf eingenommen. Ein Telegramm meldet:

**Athen, 4. März.** Die Agence d'Athènes meldet aus Korfu: Gestern vormittag gegen 11 Uhr verließ eine Division der griechischen Flotte die Schiffsflotte in Schlachtordnung den Hafen in der Richtung nach Norden, gefolgt von mehreren Transportschiffen. Gegen 1 Uhr 30 Minuten beschossen die Kriegsschiffe Santi Quaranta. Die Bevölkerung von Korfu vernahm die Kanonade gleich entfernten Donner. Nach telephonischen Nachrichten haben die Türken keinen Widerstand geleistet, sondern die Flucht ergriffen. Gegen 11 Uhr abends legten die Transportschiffe nach Korfu zurück. Die griechischen Truppen haben Santi Quaranta besetzt, die türkische Artillerie wurde vernichtet.

**Um Skutari.**

**Cetinje, 4. März.** Amlich wird gemeldet: Der König hat den Kriegsverhandlungen erklärt: Der Entschluß Montenegros, Skutari mit Waffengewalt zu nehmen, wird durch den Beschluß der Großmächte, daß Skutari Albanien zufallen solle, nicht geändert. Skutari ist eine Lebensfrage für Montenegro. Zur Befestigung des Friedens in diesem Balkangebiet ist es nötig, daß Montenegro Skutari und Umgebung erhalte. Die Geduld Montenegros ist erschöpft. Amlich wird gemeldet, daß Schah Rascha den General Martonowitsch um Entsendung von Sanitätspersonal für die zahlreichen Verwundeten in Skutari gebeten habe. Königin Wilena ließ daraufhin eine große Menge Sanitätsmaterial nach Skutari senden.

**Verhaftung zweier Landführer.**

**Saloniki, 4. März.** Den bulgarischen Behörden ist es gelungen, die beiden Landführer Dumbalafow und Waischem festzunehmen, die sich an Plünderungen und anderen Raubtaten hervorragend beteiligt haben. Es wurden ihnen sämtliche in ihrem Besitz befindlichen goldenen Schmuckstücke abgenommen. Beide sind in das Justizhaus in Serres eingeliefert worden. Diese beiden Landführer, sowie alle festgenommenen Bulgaren, denen Plünderungen nachgewiesen wurden, beklagen sich bitter über die unerwartete Strenge der bulgarischen Behörden.

**Der österreichisch-italienische Albanienkongress.**

**Triest, 4. März.** In der heutigen Sitzung des albanischen Kongresses kam es u. a. zu einer erregten Szene zwischen dem Majo-Albanier Toci und dem Vorstehenden. Toci erklärte, die Albanier wollten weder Österreich noch Italien dienen. Man solle hier ein Komitee zur Organisation der bewaffneten Macht bilden, um den Feind aus Albanien zu vertreiben. Albanien habe sich von türkischer Herrschaft befreit und wolle nicht unter die Herrschaft seiner Freunde fallen. Der Vorstehende rief den Redner zur Ordnung.

**Arbeit für die Banken.**

Von unserem Korrespondenten.  
Iv. Konstantinopel, 3. März.

Wo sind die nationalen Illusionen hin, mit denen dieser Krieg eröffnet wurde? Noch werden die nationalen Schlagworte wiederholt, aber sie haben ihren Klang und ihre Kraft verloren. Das ist vor allem die natürliche Folge der großen Menschenverluste. Wir messen die Dinge mit dem Maßstab des Großstaates. Da aber die Volkszahl der Balkanstaaten gering ist, so muß man, im Vergleich zu Deutschland zum Beispiel, die Verluste mindestens veranschaulichen, um sich eine richtige Vorstellung von den sozialen Verwüstungen zu bilden, die diese Verluste zur Folge haben werden.

Nun bedenke man aber, daß es sich um Kleinbauern um aßen handelt. In Bulgarien z. B. besitzen über 50 Prozent landwirtschaftlichen Bevölkerung nur je 1/2 bis 2/3 Hektar Land. Es sind Parzellenbauern. Hier hängt alles von der einzelnen Arbeitskraft ab. Hunderttausend Erträge, Krüppel, Stiche, das bedeutet hundertaufsend ruinierte Bauernwirtschaften, eine halbe Million proletarischer Menschen. Die Greife werden betteln gehen, die Frauen und die heranwachsenden Kinder werden sich nach Arbeit bei den Großbauern, den Gutsherren oder in den Fabriken umsehen müssen. Schlimmer als Hunger und Viehplagen, schlimmer als Heuschreckenplag, als die furchtbare Mißernte und Hungernot wird dieser Krieg das Kleinbauerntum ruinieren, dieses Kleinbauerntum, das auch jetzt schon in den Balkanstaaten bis zu einer nahen Agrarkrisis herangewirtschaftet hat.

Andererseits wird die Industrie, die sich sicher in den nächsten Jahren emporschwindeln wird, in den proletarisierten Massen willkommene Arbeitskräfte finden. Aber mit der industriellen Spekulation werden auch die Lebensmittelpreise, die Boden- und die Futtermittelpreise steigen, wodurch erst recht dem Kleinbauern die Boden abgegraben werden wird. Aber werden denn nicht durch den Krieg gewaltige Vandalen erobert? Weiß, und die verbündeten Armeen sorgen dafür, daß dieses Land frei wird von den Menschen, die es bewohnen.

Nun bedenke man aber! Diese Gegenden haben von Haus aus eine dünne Bevölkerung. Es sind in der europäischen Türkei nur 8,2 Prozent der Bodenfläche kultiviert. Es fehlt an Arbeitskräften. Jetzt ist aber die Bevölkerung erst recht vermindert worden. Ein Teil ist in den Kämpfen zugrunde gegangen, noch mehr sind abgeschlachtet worden, und wiederum ein noch größerer Teil ist aus dem Lande geflüchtet. Außerdem sind die Dörfer niedergebrannt und das Vieh ist von den Armen ausgezehrt worden oder es ging zugrunde aus Mangel an Nahrung und Pflege. Das Mißverhältnis zwischen den immensen Landflächen und der dünnen Bevölkerung ist also noch größer geworden. Wenn es auch bis zu einem gewissen Grade durch die Einwanderung ausgeglichen werden sollte, so wird doch das Bauerntum bei seiner primitiven Kultur nicht imstande sein, das ungeheure Landgebiet zu bevölkern.

Will man das eroberte Gebiet landwirtschaftlich ausnutzen, so wird man zum Großbetrieb übergehen müssen. Das wird denn auch unfehlbar geschehen. Denn die Balkanstaaten brauchen Geld, und Geld ist nur auf diese Weise zu gewinnen. Von der bulgarischen Regierung heißt es, daß sie schon jetzt den Plan vorbereite, den türkischen Großgrundbesitz durch Vermittlung des Bankkredits aufzukaufen, um ihn auf dem Wege eines langfristigen Kredits an die Bauern abzugeben. Der erste Teil der Transaktion wird leicht auszuführen sein, beim zweiten dagegen wird man auf Schwierigkeiten stoßen. Denn um die für den Ankauf des Landes verdienstliche Summe und ihre Zinsen zu bezahlen, wird man dem Bauern einen Kaufschilling ausfinden müssen, der auf keinen Fall geringer sein kann als die Pacht, die er jetzt dem türkischen Grundbesitzer bezahlt. Und da es an nahen Märkten fehlt, der Ausbau der Kommunikationsmittel Zeit und obendrein gewaltige Kapital-

summen braucht, so wird der bulgarische Bauer in Mazedonien, der eingewanderte wie der eingewanderte, mit seinen primitiven Mitteln der Kultur ebensowenig sich emporarbeiten können wie bisher. Die Banken müssen aber bezahlt werden. So wird man denn zu der kapitalistischen Großkultur übergehen müssen.

Darauf geht die ganze Transaktion hinaus. Die Kleinbauern dienen bloß als Deckung. Soweit man dabei sich noch irgendwelchen Illusionen hingibt, werden sie durch die Bankpraxis schnell erledigt werden. Das Kleinbauerntum kann sich in Bulgarien und Serbien nicht mehr halten, es wird sich in Mazedonien erst recht nicht halten können. Die Banken werden das Geld liefern, die Bauern die proletarisierten Massen — emporblühen wird die Großkultur mit Maschinen. Es wird die Vojarenwirtschaft geschaffen werden wie in Rumänien oder Ungarn, die selbstverständlich auch ihre politischen und kulturellen Folgen haben wird. Hinter dem Ganzen aber stehen die französischen und sonstigen großen Finanzinstitute.

**Sehne lokale Nachrichten.**

**Ein Ladendieb hat in letzter Zeit mehrfach hiesige Geschäftsinhaber geschädigt. Der Dieb erscheint in den Geschäftsläden und läßt sich verschiedene Waren vorlegen. Er verbleibt es, die Aufmerksamkeit der Verkäuferin von den ihm vorgelegten Waren abzulenken, indem er sich noch weitere Waren zur Auswahl vorlegen läßt, und bemutet diese Gelegenheit, um zu stehlen. Er verläßt dann, ohne etwas gekauft zu haben, unter dem Vorgeben den Laden, die Dame herbeirufen zu wollen, für die die Sachen bestimmt seien. In einem anderen Falle hat er die Waren einpacken lassen und gesagt, diese würden von seiner Mutter abgeholt. Der Dieb ist anscheinend Kaufmann, circa 1,70 Meter groß und trug dunklen Leberziegel und schwarzen, steifen Hut. Sachdienliche Mitteilungen erbittet die Kriminalabteilung.**

**Ein Einsteigebler, der sich durch offenkundige Fenster in Partierwohnungen Eingang verschaffte und namentlich in der Neustadt Schmuckstücke und Kleidungsstücke gestohlen hat, ist von der Kriminalabteilung ermittelt und festgenommen worden. Es ist ein Blühiger stellungsloser Kutscher. Ein großer Teil der gestohlenen Sachen konnte wieder herbeigekauft und dem Geschädigten ausgehändigt werden.**

**Schuhwaren wurden gestohlen in den Nächten zum 27. Februar und 4. März 1913 aus einer Schuhwarenfabrik auf der Katharinenstraße. Den Tätern, die zunächst mehrere Fensterstiche eingeschlagen hatten und dann eingedrungen waren, fielen 26 Paar Damenhalschuhe (Vad- und Chevreau-leberschuhe) in die Hände, die zum Teil mit Spangeln und Schnallen versehen waren. Von den Tätern fehlt jede Spur. Da zu vermuten steht, daß die gestohlenen Schuhe zum Kauf angeboten werden, so wird vor dem Ankauf gewarnt und sachdienliche Wahrnehmungen an die Kriminalabteilung erbeten.**

**Vermißt. Nach vorherigen ehelichen Mißlichkeiten hat sich am Montag in Marienberg (Erzgebirge) eine Frau G. mit ihren beiden Kindern entfernt und ist noch nicht wieder in ihre Wohnung zurückgekehrt. Da die Frau Fuhrerarten nach Dresden gelöst hat, um sich hier das Leben zu nehmen, so wurden heute morgen die Polizeiwachen von dem Signalment telephonisch in Kenntnis gesetzt und auch im Laufe des Vormittags Nachforschungen in Gasthäusern angestellt, ob sich etwa die Vermißte einlogiert habe.**

**Letzte Telegramme.**

**Die Konserwativen und die Küstungsdeckung.**  
Berlin, 5. März. (Privattelegramm.) Der Militärvorlage bringt die Konserwativen Korrespondenz eine patriotische Kundgebung, in der es heißt:

Die einmaligen Kosten sollen, dem Vernehmen nach, in einer auf das Vermögen gelegten einmaligen Kriegsteuer gefordert werden. So vielerlei nahegelegene und bedeutsame Einwendungen gegen den Plan dieser Ausnahmemaßregel sich auch erheben lassen, sie werden überwogen durch die politische Notwendigkeit, in solcher Lage opferbereit einzutreten für die Sicherheit der Nation.

Die Konserwativen Partei hat in solcher Zeit noch niemals verzagt. Sie wird es auch hierbei nicht. Sie vertraut, daß es möglich sein wird, wenn erst Umfang und nähere Begründung der Anforderungen und ihre Verteilung auf eine gewisse Zeit erkennbar sein werden, mit der Reichsleitung über die Grenzen und Einzelheiten dieser Forderungen zu einer Uebereinstimmung zu gelangen.

Auch in Bezug auf die dauernden Ausgaben sind wir der Meinung, daß sich unter den bürgerlichen Parteien eine Mehrheit für die Bewilligung finden lassen wird, wenn es verstanden wird, durch erneute Aufkollung der Erbschaftsteuerfrage den alten Janapsel wieder herbeizuholen und Streit unter den Parteien zu entsorgen.

**Ausperrung im Walzergewerbe.**  
Hamburg, 5. März. Gestern wurden hier 5000 Walzergelassen ausgeperrt. Am Donnerstag sollen die Gasse 2 und 3 (Südwestland) und am Freitag die Gasse 4 und 6 (Ostfeld, Schlesien, Ost- und Westpreußen) folgen. Am Sonnabend folgt Berlin und Brandenburg.

Die Ausperrung erfolgt auf Beschluß des Hauptvorstandes der deutschen Arbeitgeberverbände im Walzergewerbe.

**Ränst in Warscha.**  
Paris, 5. März. Aus Gafablanca wird vom 2. d. M. gemeldet: Die Kolonne Simon, die dem Militärposten am Ueben zu Hilfe kommen wollte, wurde von den Russen angegriffen und verlor dabei 4 Tote und 20 Verwundete. Zur Verstärkung der Kolonne wurden zwei Kompanien Alpenjäger sowie Artillerie- und Kavallerie-Abteilungen abgefanbt.

**Regiment in Mexiko.**  
Reynosa, 5. März. Aus Mexiko wird gemeldet: In einem Kampfe zwischen Bundesstruppen und Insurgenten bei Cebral wurden 17 kussländische gefollet und viele verwundet. Die Bundesstruppen verloren drei Mann.

**Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.**

# Deutscher Holzarbeiter-Verband

Donnerstag den 6. März, abends 6 1/2 Uhr  
im Kristallpalast, Schäserstraße

## Versammlung aller Bau- u. Möbelfischer, Maschinenarbeiter usw.

Tages-Ordnung:

**Bericht über die Verhandlungen in Berlin und Beschlussfassung über den neuformulierten Vertrag.**

Kollegen! Der Besuch dieser Versammlung muß demonstrativ sein. Sorge deshalb jeder in den Betrieben für vollzähligen Besuch.

Die Verwaltung.

## Gruppe Klotzsche. Freitag den 7. März Sitzung.

**Touristen-Verein "Die Naturfreunde"**  
Ortsgruppe Dresden  
Societätsaal: Volkshaus, Nikolaikirche 2  
Freunde frohen Wanderns mit Gleichgesinnten unter kundiger Führung können jederzeit die Mitgliedschaft erwerben. Wandern u. Kletterport, Wintersport, etc. Organ: Illustriertes Beiblatt "Der Naturfreund". Zusammenkünfte Donnerstags.



**Licht-Spiele**  
Walsenhausstraße 22 — Telefon 17887

### Die Sensationen des Tages: Die letzten Wege des Kapitäns SCOTT

Ewigkeitsdokumente vom Südpol.  
**Albert BASSERMANN**  
in „Der Andere“, Schauspiel in fünf Akten von

**Dr. Paul LINDAU.**  
Vornehm: Erlesene Lichtkunstspiele.  
Das enorme Interesse, das gerade diese beiden hochinteressanten Filme in der Welt der Kunst und Wissenschaft gefunden haben, veranlaßte uns, unter grossen finanziellen Opfern das **alleinige Erstaufführungsrecht für Dresden** zu erwerben.

**Preise der Plätze:**

Frondeuloge	5.00 M.	Tribüne	1.50 M.
Loge	2.25 „	I. Parkett	1.25 „
Balkon	1.75 „	Mittelparkett	0.85 „
		II. Parkett	0.60 M.

Beginn der Vorstellung an Wochentagen 4 Uhr  
an Sonn- und Feiertagen 8 Uhr  
Eintritt jederzeit

## Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Societätsaal, Volkshaus, Nikolaikirche 2  
Societätsaal, Volkshaus, Nikolaikirche 2

## Bez. Gittersee, Coschütz, Burgk, Zschiedge, Kl.-Naundorf.

Sonnabend den 8. März, abends 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** in der Webbedrücke. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisversammlung. 2. Bericht vom Kreisvorstand. 3. Bericht der Vertreter in den Kreisvorstand. 4. Vereinsangelegenheiten. — Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen, ersuchen wir die Genossen und Genossinnen, recht zahlreich zu erscheinen. Die Verwaltung.

## Deutscher Bauarbeiterverband Zweigverein Dresden.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß laut Beschlusses des Zweigvereinstages das Bureau ab 1. März von **vormittags 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr** für den Verkehr geöffnet ist.  
Der Vorstand.

## Konzertina-Verein „Pl. Grund“, Sitz Deuben.

Sonnabend den 8. März, im Schloss zum „Eichl. Wolf“, Deuben  
**4. Stiftungs-Fest**  
Bestehend in Konzert (Solo: Herr Röger, Adorf i. R.) und Ball. K 880  
Anfang 8 Uhr. — Eintritt 30 Pf.  
Um gütigen Zutritt bitten **W. Klein, Der Vorstand.**

## Zentralverein für Ottendorf, Okrilla und Umg.

Sonntag den 9. März **Tanzabend im Ross**  
Beginn 6 Uhr. — Ende 12 Uhr.  
Ostersonntag **Familien-Abend im Ross**  
Die im Schatten leben  
— Anfang 7 Uhr. — Beginn 8 Uhr. —  
Sonntag den 27. April **KONZERT im Ross**  
Anfang 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.  
Sierzu ladet ein **Der Gesamtvorstand.**

## Volksmännerchor!

Nachstehender fällt die Singstunde morgen abend aus. Dafür Probe Sonntag den 10. März, vormittags Punkt 11 Uhr.  
Nächste Singstunde **Donnerstag den 13. März.** Das Erscheinen aller Sänger zu derselben ist wegen wichtiger Bekanntmachungen dringend nötig.  
Am 8. Osterfeiertag, nachmittags 9 1/2 Uhr, Befestigung der Brauerei zum Heilensfelder. Treffpunkt daselbst im Brauerei-Restaurant. V 154

## Stets die neuesten Gesangbücher

Karten und Geschenke für Konfirmation und Kommunion in großer Auswahl  
**J. Plachtzik, Buch- und Zeitungs-handlung**  
Kesselsdorfer Straße, neben der Waisenhalle.  
Auch Sonntag von 11-1 Uhr geöffnet. (Nur für Sport- u. Karos.)

## Musenhalle

Einziges Varieté und Volks-Theater des Westens.  
Täglich abends 8 Uhr:

## Prechtel a la Hartstein

Der rheinische Burleskenkomiker mit seinem Ensemble.  
Debut: „Lachet macht gesund, wees lachen will, der kommt!“  
Vorzügl. Solistenteil. U. a. „Krimel, der Unpöbelbare.“  
Ab Donnerstag: **Der Herr Rentier!**  
oder: So hat man noch nie gelacht!

## Freie Sänger, Zschachwitz u. U.

Mitglied d. D. L. S. B. — Männer- und Frauenchor —  
Dirigent: Herr Konfliktler Keno Starf, Dresden.  
Sonnabend den 8. März im **Gasthof zu Leubon**  
unter Mitwirkung eines **Dresdner Streichquartetts** und **Arduin Alara Schubert (Sopran)**. — Ausführende: **Kurt Schnerf (I. Violine)**, **Joh. Freyer (II. Violine)**, **Keno Starf (Viola)**, **Elef. Grohe (Violoncello)**.  
Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. — Nach dem Konzert **Ball bis 2 Uhr**. K 149  
Es ladet ergebenst ein **D. G.**

Einem geehrten Publikum, werthen Gästen, Freunden, Bekannten und Nachbarn die ergebene Mitteilung, daß wir das

### Restaurant Floraschlößchen

Florastraße 18, Ecke Freiburger Straße

käuflich übernommen haben. Durch zuvorkommende und prompteste Bedienung werden wir bestrebt sein, die uns beehrenden Gäste nur mit dem Besten, was Küche und Keller bieten, zufrieden zu stellen und bitten um gütige Unterstützung.  
Insbesondere bitten wir das geehrte Personal der **Hirma Gebr. Sed.** das den früheren Besitzern entgegengebrachte Vertrauen auch auf uns übertragen zu wollen. K 96  
Hochachtungsvoll **Otto Weiß und Frau.**

## Kaiserhof-Kino, Radeberg.

Heute Mittwoch und Donnerstag:  
**Das Weib ohne Herz.** Zweiter Teil.  
Außerdem das andere reichhaltige Programm.  
Es ladet freundlichst ein **Weigand und Schmidt.**

## Sarrasani

Telephon 17760 und 17812  
Donnerstag den 6. März  
**7 1/2 bis 9 1/2** Das erstklassige **Circus**-Programm  
U. a.:

**Norton, das menschliche Aquarium.**  
**Albas: Kopfrutsch auf dem Turmseil.**

**The Butterflies** Die Wortloys  
**5 dressierten Kähe** die besten Trapezisten der Welt

## 9 3/4 Uhr: Internationale Ringkampf-Konkurrenz

Michael le Boucher, Frankr. gegen Fracht, Russen	
Anglo, Neger-Champion gegen Kothausser, Bayern	
Apollon le Colosse, Frankr. gegen Albert Storm, Weltmstr.	
Stalling, Bremen gegen Herald, Brandenburg	
Paul Fischer, Dresden gegen Ali Ogial, Turkistan	
Steers, Belgien Entscheidungskampf gegen Poble, Rheinland	

Vorverkauf: An der Circuskasse, Im Warenhaus H. Horzfeld. [L 1006]  
In allen Zigarrenschäften von L. Wolf.

Wir empfehlen:

## Wiener Glühlichter Schuhmeier-Tummler

mit zahlreichen Illustrationen. Preis 10 Pf.  
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung** und die **Kolporteurs.**

## Geschäfts-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß wir das

## Restaurant „Moltkehof“

Dresden-Löbtau, Zietenstraße 10  
pachtweise übernommen haben. Für erstklassige Biere sowie gute Speisen ist bestens gesorgt.  
Donnerstag den 6. März

## Großes Nachtschlachtfest

Fr. Patreck und Frau.  
Sonntag den 8. März: **Grosser Doppelbook-Ausschank.** Im **Große Portion Schweinefleisch mit Risch und Sauerkraut** zu 50 Pf. [K 216]

## Restaur. Kielmannsorg

84 Thorandter Straße 84  
Inhaber E. Günzel, hält seine Lokalitäten — Vereins- u. Klubzimmer — bestens empfohlen.  
Preiswerter Mittagstisch. [K 191]

## Rest. Reisewitzer Park

Thorandter Straße — Inh. P. Bahle  
empf. seine Lokalitäten einer geneigten Beachtung. Vorzügl. Mittagstisch.

## Michel Deutsch Berliner Märztage

Roman aus dem Jahre 1848  
Preis beschriftet 3 Mark.

Der 18. März des „roten Jahres“ im Roman. Eine der bedeutendsten Episoden aus der Vergangenheit Preussens und seiner Hauptstadt wird in diesem fesselnden Buche von Michel Deutsch der unserem Auge lebendig. Dieses Buch dürfte in keiner Bibliothek fehlen. — Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung** und die **Kolporteurs der Volkszeitung.**

Die machen unsere geehrten Abonnenten auf den bei der **Volksbuchhandlung** beiliegenden Prospekt des **Berendts Moskow & Waldschmidt** hierdurch noch besonders aufmerksam.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Max Ecks, Dresden-Mittstadt.**  
Verantwortlich für den Inseratenteil: **Wenzel Ecks, Dresden.**  
Druck und Verlag: **Saben & Komp., Dresden.**

Sächliche Angelegenheiten.

Stetige Stimmung gegen die Kriegsteuern in Sachsen.

In letzter Zeit ist in außer-sächlichen Blättern unerbittlich viel Humor wegen der Haltung der sächlichen Regierung zu den Kostenbedarfsplänen für die neue Wehr-

Nun glauben wir ganz gern, daß sich in der Redaktion des Dresdner Anzeigers ein starkes Sehnen danach geltend macht, Ablagerungsplatz für offizielle Regierungserklärungen zu werden.

Über die Haltung der sächlichen Regierung zu den Kriegsteuernprojekten konnte ja kaum ein Zweifel bestehen. Sie ist immer für den Ausbau der Erbschaftsteuer eingetreten, hat zwar gelegentlich aus tatsächlichen Erwägungen, wie sie im Landtage erklärte, ihre Wünsche zurückgestellt, zugleich aber immer betont, daß sie durchaus an ihrem Standpunkte

Der in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung mitgeteilte Bericht der Reichsleitung über die Dedung der einmaligen Kosten der Wehrveränderung läßt an große väterländische Erwartungen an. Es sollen die bedeutenden einmaligen Ausgaben der Wehrveränderung durch eine einmalige Erhöhung des Vermögenssteuernachschusses der Wehrveränderung gedeckt werden.

Die sächliche Regierung ist zwar nichts weniger als erfreut von der Vermögensabgabe, sie denkt aber nicht daran, Schweregezeiten zu machen. Man soll es nur nicht wieder tun, was die Regierung des preussischen Kaiserreichs aber bekanntlich nicht wissen will.

Unberechtigter Vorschriften.

Am 19. Januar wurde der Leiter der Filiale Leipzig des Transportarbeiterverbandes, Genosse S. Zängerlaub, wegen Vergehens nach § 153 der Gewerbeordnung und Verletzung, angeblich begangen durch fünf während des Buchbindertarifstreiks herausgegebene Flugblätter, zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Redaktion unseres Leipziger Parteiblattes lehnt es natürlich ab, sich vom Landgericht Vorarbeiten über die textliche Gruppierung des Blattes machen zu lassen, die mit den Wünschen nicht im Einklang stehen. Da die Leipziger Volkszeitung mit den „Strafartikeln“ des hiesigen Gewerkschaftsführers nicht das mindeste zu tun hatte, so ist sie auch nicht verpflichtet, den Anordnungen des Gerichts nachzukommen.

Wenn aber die Vollständigkeit der Presse unter die Gewerkschaften Leipzig annehmen scheint, so könnte man das unzulässige Scheitern erleben, daß in den politischen Blättern über Streikverläufe, mögen über Fernreisen, über morgen über Konstitutionsfragen usw. geleitet werden würde. Eine solche Aussicht!

Berichtigung.

In dem Handbuche: Die Landgemeindeförderung, ist dem Verfasser Dr. Otto Hölzig auf Seite 66 und Seite 67 ein Irrtum infolgedessen unterlaufen, als gelangt ist, das Steuerwesen der politischen Gemeinden sei erst bis zum 1. Januar 1916 dem neuen Gesetze anzuweisen.

Wegen ungläubiger Gaunereien

hatten sich vor dem Chemnitzer Landgericht zu verantworten: 1. der am 16. Juli 1882 in Rastau bei Rochitz geborene Stellmacher und Agent Alfred Paul Ahlemann und 2. der am 18. Dezember 1888 in Rötteritz bei Colditz geborene Kaufmann Albert Franz Braune, der zuletzt in Pirna wohnhaft war. Beide sind bisher mit Geldstrafen belegt worden.

Ueber die Darlehensverleihung aus dem gewerblichen Genossenschaftslande

läßt die Regierung folgende Mitteilung verbreiten: Darlehen aus dem gewerblichen Genossenschaftslande zur Anschaffung von Betriebs- und Arbeitsmaschinen können nach dem vom Ministerium des Innern aufgestellten Bedingungen nur solche Kleinrentner erhalten, die ordnungsmäßige Buchführung haben oder sich zu deren Ein- und Beibehaltung verpflichten.

Das sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt

beröffentlicht das vom Landtage bereits verabschiedete Gesetz über die Tagelöhner- und Reisefloster der Staatsdiener. Das Gesetz tritt am 1. Juli 1913 in Kraft.

Freiberg. Ein auffälliger Rückgang in der Schulförderzahl ist hier in den letzten Jahren zu verzeichnen. Die Gesamtzahl ging von 109 im Jahre 1909 bis Ostern 1913 von 5618 auf 5132 zurück, fiel also um fast 500. Weitans am stärksten am Rückgang sind die Staben beteiligt. Mit Beginn dieses Sommerhalbjahres macht sich wieder eine kleine Zunahme durch Wehrzugang von Mädchen bemerkbar.

Schreckliches Familiendrama.

Chemnitz. Da man seit Sonnabend von dem im Hause der Dittesstraße wohnhaften Schneider Manger und seinen Angehörigen nichts mehr wahrgenommen hatte, vermutete man ein Unglück. Der Hauswirt ließ infolgedessen gestern Abend die Tür öffnen. Beim Eintritt in die Wohnung bot sich ein schrecklicher Anblick. Die achtjährige Tochter lag mit durchschüttelter Pulsader des linken Armes tot im Zimmer. Dem schlafenden Sohne war durch mehrere Verletzungen die Schädelschuppe vollständig zertrümmert worden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Eibenberg bei Ringenthal wurden die beiden Wohnhäuser von Richard Vogauer durch Feuer zerstört. Drei Familien, die nicht verschont hatten, wurden obdachlos. Dem Eigentümer sollen auch 2100 Kronen in der Nacht mit verbrannt sein. In einem Anfall geistiger Unmündigkeit stürzte sich in Ramens die 21jährige Sozialistin Klau auf einen Fenster des Obergeschosses in den Garten. Die Frau war auf der Stelle tot. In Vertheisdorf bei Haltrich brannte das Schul- und Ställegebäude des Gutbesizers Max Genge nieder. Das Feuer ist durch ein mit Streichhölzchen spielendes Kind verursacht worden.

Stadt-Chronik.

Ringkämpfe — Sport oder Schanstellung.

Die Ringkämpfe nach griechisch-römischer Art, die in Frankreich zuerst wieder belebt wurden und von da nach Deutschland herübergekommen sind, vernügen großes Interesse, auch künstlerisches, zu erwecken, wenn sie in der Form des Sports und Spiels bleiben und den Charakter idealer Körperkultur behalten. Seit vielen Jahren hat sich jedoch der artifiziel-capitalistische Betrieb der Sache bemächtigt und die Ringkämpfe zum Gegenstand materiellen Gewinns gemacht.

Es ist deshalb nötig, auch die Riesenreklame, die jetzt für die Ringkämpfe im Circus Sarrasani gemacht wird, mit dem ganzen Arrangement zu vergleichen, und zu prüfen, ob nicht auch hier die materiellen Interessen die idealen verdrängen. Dem Laien ist es freilich schwer, hinter die allerbunden Dinge zu kommen, die zur Kritik Anlaß geben können.

Die Art und Weise der Ankündigung (Sarrasani) verleiht den Ueingezeichneten in den Glauben, daß wirklich reell gekämpft wird, und das Publikum zahlt den Eintrittspreis in der Meinung, gute sportliche Wettkämpfe vor sich zu haben. Das ist irreführend. Die Veranstaltung müßte als Ringkampf-Schaustellung oder ähnlich bezeichnet werden, in jedem Falle aber so, daß man über das Gebotene nicht im Zweifel sein kann.

Die drei Ueingezeichneten in den Glauben, daß wirklich reell gekämpft wird, und das Publikum zahlt den Eintrittspreis in der Meinung, gute sportliche Wettkämpfe vor sich zu haben. Das ist irreführend. Die Veranstaltung müßte als Ringkampf-Schaustellung oder ähnlich bezeichnet werden, in jedem Falle aber so, daß man über das Gebotene nicht im Zweifel sein kann.

Soweit die Judikatur. Sie enthält so bestimmte und genaue Kenntnis der Verhältnisse verrätende Angaben, daß eine öffentliche Besprechung dieser Verhältnisse geboten erscheint. Ist es so, wie hier geschildert wird — und frühere Erfahrungen sprechen dafür —, dann ist auch den Ringkampf-Veranstaltungen im Circus Sarrasani jeder ernste Sport-Charakter abgesprochen.

Besitzeränderungsabgaben bei Erbschaften.

Ein interessanter Steuerprozeß wurde soeben vom sächlichen Oberverwaltungsgericht entschieden. Am 7. Dezember 1910 ist der Rentier L. in Berlin verstorben, als dessen gelegliche Erben seine beiden Schwestern in Frage kommen. Zum Nachlaß des Verstorbenen gehörten auch mehrere Grundstücke, darunter das Hausgrundstück Canalettostraße 8 in Dresden. Nach einem vom Amtsgericht Berlin-Mitte ausgestellten gemeinschaftlichen Erbseine erben die beiden Schwestern je zur Hälfte. Wegen des Eigentumswechsels an dem Grundstück Canalettostraße, dessen Wert auf 424 000 M. geschätzt worden war, wurde den beiden Erben vom Stadtrat an Besitzveränderungsabgaben die Summe von 2606 M. abgefordert. Ihr Einspruch, der damit begründet wurde, daß ihre Steuerpflicht bis zur Erledigung der Nachlassregulierung nicht bestünde, wurde zurückgewiesen. Der hiergegen eingelegte Rekurs, der jegliche Abgabepflicht bestritt, wurde vom Kreisaußschuß verworfen, da die Voraussetzungen des § 60 der Gemeindefeuerordnung gegeben seien. Die Erbschaftregulierung gebe die Steuerpflicht nicht auf. Das Eigentum an dem Grundstück sei auf die beiden Rekurrenten übergegangen, da sie die Erbschaft nicht ausgeschlagen hätten. — Nunmehr wurde die Anfechtungsklage erhoben. Ein wirtschaftlicher Vorteil liege auf Seite der Klägerinnen nicht vor und deshalb auch kein Anlaß zur Erhebung der Steuer. Sei aber eine solche doch zulässig, dann komme eine Nachlassverbindlichkeit in Betracht. Weiter wurde ausgeführt, der Verstorbenen, ein reicher Jude, habe in seinem Testament vom Jahre 1885 sein ganzes Vermögen, zu dem auch gebührender Grundbesitz in Dresden, Berlin, Hamburg und Palästina gehörte, für wohltätige Stiftungszwecke ausgeworfen (über 400 000 M.) und gleichzeitig seine Schwestern um Entschuldigung gebeten, daß er ihnen nichts hinterlasse; er wolle indessen armer Leuten etwas zuwenden, seine Schwestern hätten nichts nötig. Die preussischen Gerichte hätten nun zwar entschieden, daß eine Stiftung nicht in Frage komme, sondern, daß die natürlichen Erben die Erbschaft anzutreten hätten. Die Klägerinnen seien zwar formell Eigentümer geworden, aber tatsächlich des Eigentums enteignet, da ein Nachlassverwalter und Erbschaftsverwalter eingesetzt worden sei. Sie könnten nicht über das Grundstück verfügen und keinen Vorteil

Vertical text on the left margin, including 'Park', 'Bibliothek', and other fragments.

daraus ziehen. Das Ende der Nachlassregulierung sei gar nicht abzusehen, möglicherweise müsse der Nachlassverwalter sogar den Konkurs anmelden. — Der Stadtrat hat demgegenüber erklärt, daß das Grundstück in andere Hände übergegangen und deshalb ein Fall gegeben sei, der eine Steuerpflicht begründe, wenn nicht derjenige, in dessen Besitz das Grundstück übergehe, Freiheitsgründe vordringen könnte. Das Oberverwaltungsgericht hat in der Hauptsache die Anfechtungsklage abgelehnt. Der Einwand, daß der Erblasser eine Stiftung eingeleitet habe, schlage nicht ein. Auf die Frage, ob der Erblasser beabsichtigt habe, die Genehmigung zur Errichtung einer Stiftung einzuholen, hätten die Klägerinnen die Auskunft verweigert. Tatsächlich sei eine solche nicht eingeholt worden, deshalb sei anzunehmen, daß der Verstorbene nicht beabsichtigt sei, eine rechtsfähige Stiftung zu errichten. Die Klägerinnen hätten je zur Hälfte geerbt und könnten sich nicht mit Erfolg darauf berufen, daß sie bisher noch keinen wirtschaftlichen Vorteil aus der Erbschaft gezogen hätten. Nur wenn sie die Erbschaft ungeschlagen hätten, bräuchten sie keine Steuer zu bezahlen. Eine Nachlassverbindlichkeit liege nicht vor.

**Die Hundepflege in Dresden.**

Die Stadt Dresden gehört — so schreibt das Amtsblatt — zu den deutschen Großstädten, in denen nicht nur die meisten Hunde gehalten werden. Diese Tatsache hat für die Lebensverhältnisse mancher unangenehme und bedenkliche Begleiterscheinungen im Gefolge. Hierzu gehört in erster Linie die oft sehr erhebliche Verunreinigung der Gassen durch Hundekot. Die immer wiederkehrenden Klagen haben sich seit Verhängung der Hundesteuer außerordentlich vermehrt und sind durchaus berechtigt. Viele Hundebesitzer und deren Diensthunden halten es nicht für der Mühe wert, ihre Hunde zur Vermeidung ihrer Bedürfnisse wenigstens von den Gassen und Gassenböden auf die Straße oder in des Schmutzgerinne zu bringen, sondern lassen ruhig so an, wie die Tiere die Gassenböden verunreinigen. Namentlich abends kann man das beobachten, wo Hunde in größerer Zahl von Diensthunden lediglich zu dem Zwecke ausgeführt werden, um Harn und Kot abzugeben. Am nächsten Morgen bietet sich dann der Passanten nicht nur ein häßlicher und ekelhafter Anblick, sondern, was weit schlimmer wiegt, die Fußsohlen werden, besonders wenn es zur Zeit des Arbeits- und Schulbeginns noch dunkel ist, schmutz bestrichen und die Kleider namentlich der Frauen und Kinder werden mit Kot beschmutzt, der so an den Schulbänken und Kleidern in die Arbeitsräume, Schulzimmer und Wohnungen getragen wird. Tag dadurch zahlreiche Krankheiten erzeugt werden und auf Menschen übertragen werden können und große Gefahren, namentlich für unsere Kinder, entstehen, liegt auf der Hand. Auch wird der öffentliche Fußgängerverkehr hierdurch arg behindert. Schon im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege sollte es sich daher jeder Hundebesitzer zur Pflicht machen, Verunreinigungen der Gassen durch seine Hunde zu verhindern und auch sein Diensthier mit entsprechender strenger Weisung zu versehen. Das liegt übrigens auch in seinem eignen Interesse. Denn er vermeidet dadurch, sich wegen Verunreinigung der Straßen, Plätze usw. strafbar zu machen, da nach den polizeilichen Bestimmungen wegen Verunreinigungen der Gassen durch Hunde die Hundebesitzer bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden können.

Eine Revision des Kohlenhandels wurde Ende Februar durch die Zollfahndungsabteilung vorgenommen. Revidiert wurden 308 Geschäfte und 22 Ambulanzen. Davon führten 23 Geschäfte 2173 Bunten, 109 Körbe, 22841 Säcke und 22 Ambulanzen 344 Bunten, 109 Körbe, 22841 Säcke und 22 Ambulanzen und bei 22 Ambulanzen wurden zusammen 490 Bunten, 31 Körbe und 507 Säcke nachgemessen, wobei in einer Verkaufsstelle 2 nicht vorchriftsmäßig beschaffene Waagen vorgefunden und eingezogen wurden. Zuwiderhandlungen wurden 2 angezeigt, und zwar in einem Falle wegen Nichtmitschützens des Hohlmaßes und in einem Falle wegen Fehlens des Nachschlagszeichens auf zwei Hohlmaßen.

Stadtvorordnetenversammlung morgen, Donnerstag, abends 7 Uhr. Tagesordnung: Vortrag mit der Gemeinde Majewitz zur Regelung der Straßenbahnangelegenheit. Gewährung einer städtischen Beihilfe von je 5000 M. jährlich bis 1915 an die Direktoren der hiesigen Privatbahnen. Bewilligung von 1000 M. auf das Jahr 1913 an den Verein der Arbeitgeber des Töpfergewerbes in der Kreisbauhauptmannschaft Dresden zu den Kosten der Berufung für tauchschwache Feuerungen. Schreiben des Rates, in dem er mitteilt, daß er beschließen habe, die Dienstlisten und Beurteilungsbogen städtischer Beamten künftig verabschiedungsweise wegzulassen. Neuordnung des Lehnungsdienstes bei der Feuerwehr. Freilegung der in die weiter auszubauende Spenerstraße fallenden Teile des vormaligen Straßenbahnhofs Vorsebergstraße 39 sowie der städtischen Grundstücke Weißingstraße 4 und 6. Schreiben des Rates wegen der Verbindungsbrücke zwischen der Schlichthofstraße, der Neustadt und der Vorstadt Fiedrich. Bewilligung von 1200 M. an den Vorarbeiten für den Bau einer neuen Eisenbrücke nach dem Vieh- und Schlachtbof im Zuge der Grüner Straße. Haushaltungsplan betreffend Evangelische Schulgemeinde, Armenamt, Verlorghaus, Arbeitsanstalt, Fürsorgeamt, Städtische Kinderpflege, Erziehungsanstalt, Unterbringung von Kindern in Familien, höhere Unterrichtsanstalten. — Geheime Sitzung.

Straßennamen. Die neue Straße entlang dem alten Jägerhof zwischen Herterstraße und Baumoniaplatz in Dresden-Neustadt wird am Jägerhof benannt werden. Der Platz A des Bebauungsplans Dresden-Stadt wird Schanzenpark, die angrenzende Flagstrasse am Schanzenpark, die Straße 44 zwischen Neichenbachstraße und Straße 3 als Verlängerung der Kleinigstraße, die Straße 7 zwischen Zaanenpark und Straße 6 Silberstraße und die Straße 1 zwischen Schanzenpark und Straße 6 Wigmannstraße genannt.

Unfall. Auf der König-Johann-Straße wurde Dienstag nachmittags der Arbeiter Wenzel, Kleine Zwingerstraße 29 wohnhaft, von einem Motorwagen umgerissen und ein Stück geschleift. Wenzel trug eine große Wunde auf seinem Schienbein und dirkte das Signal überhört haben. Da Wenzel von der Schutzvorrichtung aufgefangen wurde, kam er ohne besondere Verletzungen davon. Der aufstrebende Vorgang hatte eine große Menschenkenntnis zur Folge.

Selbstmord. Erhängt aufgefunden wurde im Keller des Hauses Leutewiger Straße 21 der dort wohnende Arbeiter Grubbe. Der etwa 50 Jahre alte Mann dürfte aus schwerem Leben ein Ende bereitet haben.

**Tuberkulose-Vortrag.** Donnerstag den 6. März, abends 8 Uhr, findet der neunte Vortrag über Tuberkulosebekämpfung in der Fürsorgekammer für Lungenkranke, Dresden-N., Kaiser-Wilhelm-Platz 1, statt. Thema: Welche Fortschritte macht der tuberkulöse Prozeß in den Körperorganen und wie erkennt man die Tuberkulose? Jeder, der für die Tuberkulosebekämpfung Interesse hat, ist willkommen.

**Herzliche Hilfe in der Nacht.** Wer während der Nacht für Kranke ärztliche Hilfe sucht, kann solche durch Vermittlung der Wohlfahrtspolizei-Inspektionen erlangen. Dasselbst sind die Namen der zur Hilfeleistung bereiten Ärzte zu erfahren, auch wird auf Ansuchen die Verbeziehung eines Arztes übernommen. Für die Bezahlung der Vergütung haben die Hilfesuchenden selbst aufzukommen, nur für gänzlich Unbemittelte übernimmt die Armenkasse die Bezahlung. Seitens der Direktion der Königl. Frauenklinik ist die Einrichtung getroffen worden, daß in dringlichen geburtschilflichen Fällen sofort ärztliche Hilfe aus der Königl. Frauenklinik, auch bei Nacht, und zwar Unentgeltlich unentgeltlich gewährt wird. Die Wohlfahrtspolizei-Inspektionen und die Feuerwachen in den Häusern Annenstraße 9, Luisestraße 16/18, Thierstraße 51, Bürgerstraße 63, Waldwischstraße 24 und Schlüterstraße 39 vermitteln die Verbeziehung ärztlicher Schutzärzte aus der Königl. Frauenklinik durch Fernsprecher. In den städtischen Sanitätsstationen des Samaritervereins (freiwillige Rettungsgesellschaft) wird Verunglückten oder auf der Straße plötzlich Erkrankten, die die Hilfestellen selbst aufsuchen oder ihnen zugeführt werden, die erste Hilfe gewährt. Durch die Sanitätsstationen ist auch die Einfindung von Ärzten zur Hilfeleistung außerhalb derselben zu erlangen.

**Vermisste Nachrichten.** Ein Einbruchsdiebstahl war in der Nacht zum Sonntag in eine Filiale der Kolonialwarenhandlung Bauer u. Saranum am Hilschweg in Vorstadt Cotta verübt worden. Von der Kriminalpolizei ist als Täter der Weberstraße 14 wohnende Arbeiter Fritz Eschling festgenommen worden. Den Einbruch will der Verhaftete gemeinsam mit dem noch nicht ermittelten Arbeiter Kühne aus Vorstadt Cotta verübt haben. Der bei diesem Einbruch verwendete Polizeihund des Gendarmen Friedrich von W. Sicherheitspolizeibezirk hatte entsprechende Witterung genommen und eine Spur bis nach dem Erbauer verfolgt. — Die ersten Meinungen werden am Karfreitag dem öffentlichen Verkehr übergeben. Die Dresdner Automobilgesellschaft eröffnet ihren Betrieb an diesem Tage zunächst mit 15 Motorwagen. — Die neue Straßenbahnstrecke nach Kellerau soll am 15. März in Betrieb genommen werden.

**Gewerbegericht.** Einen Lohnabzug von 124 M. machte die Firma Karl Thoma dem Schneider Bauer. Der Arbeiter arbeitete dort im Afford und machte zuletzt mehrere Sturbeziehen. Bauer war zwei Monate lang gearbeitet, eine war direkt unbrauchbar. Die letztere verlangt der Arbeiter trotzdem bezahlt. Nach Ansicht des Gerichts ist der Anspruch des Arbeiters unbegründet. Vergleichsweise zahlt ihm die Beklagte aber 8,12 M.

Der Quarzwerker Reichhold war bei der Firma Nathan Arbeitstag beurlaubt und wurde krank. Während der Krankheit wurde ihm angezeigt, daß er nach seiner Genesung wieder arbeiten sollte. Als ihm A. darauf zur Verfügung stellte, wurde er zunächst verweigert, ihm dann aber die mindestens ebenso zu beachtende Stellung des Quarzwerkers angeboten, die er aber ablehnte. Die Firma wollte ihn nun überhaupt nicht beschäftigen. A. fordert 60 M. Lohnausgleichung. Es ist nun fraglich, ob der Kläger die ihm angebotene Quarzwerkersstelle mit Recht anfechten dürfte, da sie ihm nicht zugebilligt ist, daß er zur Kategorie der ungelerten Arbeiter gehört. Anmerkung wurde wenigstens bis dahin eine Entschädigungspflicht der Beklagten bestehen, wenn die Einstellung des Klägers über die verbotene Einstellung eindeutig wäre. Die Zustimmung der Beklagten besteht nicht in dieser bestimmten Form gegeben wurde. Der Kläger mußte daher seine Klage zurückziehen. (Vorsitzender: Gewerbeamt Dr. Gausche. Unternehmensbevollmächtigter: Carl Gausche, Müller und Holzgärtner Platz. Arbeiterbevollmächtigter: Treder Bruch und Quarzwerker Förner.)

**Aus der Umgebung.**

**Blauencher Grund.** Der Gemeindevorstand für Tuberkulosefürsorge im Blauencher Grunde hatte an die Amtshauptmannschaft eine Eingabe gerichtet, in der auf den Nachteil hingewiesen wurde, der dadurch eintrat, daß bei Unterbringung Schwerttuberkulöser die erforderlichen Mittel nur mit Schwierigkeiten zu beschaffen waren. Die Verhandlungen hierüber zogen sich hin und her, bis die Angelegenheit in die Hände der Kranken in: wischen kamen, ehe noch ein Beschluß über ihre Unterbringung gefaßt worden war. Da in derartigen Fällen aber eine sofortige Unterbringung nötig ist, hat die Amtshauptmannschaft vorgeschlagen, daß, soweit der Blauencher Grund in Frage kommt, künftig in allen diesen Fällen der Fürsorgeverband, die betreffende Gemeinde und der Bezirk je ein Drittel der Kosten übernehmen. Wer endgültig zur Kostentragung verpflichtet ist, ob eine Krankenkasse oder ein anderer Faktor zur Erstattung heranzuziehen ist, darüber soll erst nachträglich Beschluß gefaßt werden. Der Bezirksausschuß hat dem zugestimmt.

**Leuben-Riederfeld.** Der letzte Vortragsabend über Volkswirtschaft beginnt morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, im Restaurant Stadt Dresden in Riederfeld. Jeder Genosse kann daran teilnehmen.

**Dobritz.** Morgen Donnerstag den 6. März, abends 7 Uhr, öffentliche Gemeindevorstandsitzung im Sitzungszimmer, Gasthof.

**Lohwitz.** Um die Beschaffenheit der Lohwitzstraße von dem Orte Lohwitz auswärts nach Kreischa zu verbessern, ist die Bildung eines Gemeindevorstandes für die Unterhaltung dieser Straße beschlossen worden. Der zur Vorbereitung aller notwendigen Arbeiten eingesetzte Ausschuss hat jetzt den beteiligten Gemeinden und Mittergutsverwaltungen sowie der Lohwitzbahnverwaltung eine Mitteilung über die Höhe der voraussichtlich unzulänglichen Jahresbeiträge zugehen lassen. Auch die grundlegenden Bestimmungen der Verbandsfassung sind bereits besprochen. Die Auffassung des Finanzplans läßt erkennen, daß dem Verbands, soll er lebensfähig sein und bleiben, reichliche Mittel von den beteiligten amtshauptmannschaftlichen Bezirken und vom Staate den unterhaltspflichtigen Gemeinden und Mittergutsverwaltungen zuzuführen müssen. Die Errichtung einer Begegnungsbahn läßt sich nach zahlenmäßigen Feststellungen, der zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben nicht anfechten. (?) Ferner ist man darüber klar, daß an eine Abpflosterung der ganzen Strecke gedacht und von

Jahr zu Jahr eine gewisse Strecke abgepflost werden muß. Bevor aber dies dem neuen Verbands als Arbeitsplan mitgeteilt werden kann, werden zunächst noch die Erfordernisse der Bezirke und des Staates erwartet, in welcher Weise und unter welchen Bedingungen dem neuen Verbands Geldmittel zur Durchführung der planmäßigen Arbeit zur Verfügung gestellt werden.

**n. Ottendorf-Norndorf.** (Gemeindevorstandsitzung vom 28. Februar.) Unter den Mitteilungen waren nachstehende bemerkenswert: Die Generaldirektion der Staatsbahn hat sich auf Ansuchen bereit erklärt, auf Station Norndorf eine offene Wartehalle zu errichten. In Sachen der Einlegung eines Offenen (den früh 5 Uhr von Norndorf nach Dresden verkehrenden Zuges) am Sonntag gehen zu lassen) wird später Bescheid erteilt. In einem Schreiben der Amtshauptmannschaft wird die Errichtung der Ortskrankenkasse mit dem Sitz in Rostschke mitgeteilt. Ottendorf soll eine Zahl- und Meldestelle erhalten. Zur Vergebarung der Firma Walther u. Söhne wurden, da dieses eine Verdrückung der Grenzen zwischen Ottendorf und Ottendorf notwendig machen würde, von Ostschke der Gemeinde Ottendorf Bedingungen gestellt, die vollständig und bindend waren. Der Kaufsache Jungnickel stimmte man zu, während sich gegen das Bauvorhaben der Firma Walther u. Söhne (Umbau und Neubau von Familienhäusern) einige Bedenken ergaben. Die Jahresrechnung der Sparkasse ergab ein erfreuliches Bild. An Kassenbestand waren 14 000 M. vorhanden. Die Einzahlungen betragen 314 000 M., die Auszahlungen 181 997 M. Die Gesamteinnahme und -ausgabe im Jahre 1912 betrug 461 261 M. Der Reingehalt beträgt 279 264 M.; hiervon erhält die Gemeinde für die Verwaltung des Mark: der Reservefonds beträgt 8729 M. In Hypotheken sind 958 399 M. seit Bestehen der Sparkasse angelegt, dies sind 91,3 Prozent des gesamten anlegbaren Kapitals. In Staatspapieren sind 8,7 Prozent angelegt, so daß noch 1,3 Prozent in Staatspapieren anzulegen sind, ehe die von der Regierung verlangten 10 Prozent erreicht sind. Sparkassenscheine sind 210 im Umlauf. Das Einleger Guthaben auf ein Buch beträgt im Durchschnitt 397 M. — Ein Gesuch des Gutbesizers Schramm, ihm die Pachtbedingungen zu erlösen, wurde abgelehnt. — Die aus der letzten Sitzung verordnete Erhebung der 65. Meindeanlagen für 1913 stand erneut zur Verhandlung. Der Antragsausschuß schlug, da die Finanzen der Gemeinde gute sind, wieder eine Steuererhöhung vor. Die Einheit soll von 36 Pf. auf 32 Pf. erniedrigt und der einfache Steuerfuß, der bis dahin 14,6 Pf. erhoben wurde, soll 11 Pf. erhoben werden. Nach dieser Berechnung würde Ottendorf-Norndorf in Zukunft mit 21 000 M. an Steuern zu erheben haben, und zwar für die Gemeinde 5000 M., für die Schule 12 300 M. und für die Kirche 3700 M. Bisher wurden rund 30 000 M. erhoben. Die Steuerermäßigung sieht unangenehm folgendermaßen aus: Bei 1000 M. Einkommen 3 M. weniger, bei 1500 M. Einkommen 7,20 M. weniger und bei 2000 M. Einkommen 11 M. weniger Steuern. Ferner sollte sich der Ausfluß von dem von unserer Seite angeregten Kinderparagrafen zu beschließen gebot. Es lagen zwei Entwürfe aus dem Ausschuss vor: 1. Bei allen Einkommen bis 3100 M. den Kinderparagrafen in Anwendung zu bringen. 2. Den Kinderparagrafen nur bis 1800 M. Einkommen anzuwenden. Bei der Abstimmung wurde der erste Antrag mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen. Einer Anrechnung unserer Vertreter, Genosse Leemann, alle Einkommen unter 400 M. steuerfrei zu lassen, wurde in der Form zugestimmt, daß alle Einkommen unter 400 M., die aus Arbeitslohn fließen, steuerfrei sind. — Von Vorausschuß wurde vorgeschlagen, sechs neue Loketten an verschiedenen Stellen aufzustellen. Dem stimmte man zu. Von unserer Seite wurde dabei angeregt, daß auch in Zukunft früh von 4<sup>1/2</sup> bis 6 Uhr Licht gebrannt werden sollte. — Die Begegnungsbahn resp. Verlegung des Weges Norndorf-Vornitz wurde zugestimmt. — Einer Petition der Gemeinde Rostschke gegen die geplante Kolonisation Kellerau stimmte der Gemeindevorstand gegen 2 Stimmen zu. — Hierauf geheime Sitzung.

**Gerichtszeitung.**

**Schöffengericht.**  
"Vorbunden."  
So mancher, der nie in seinem Leben zu hungern braucht auch kennt er keine Beschäftigung, rumpelt die Nase, wenn er von einem armen Mann um ein Almosen angefragt wird. Was doch ist es in den letzten Jahren Arbeitslosigkeit, die diese Leute an die Wandstraße und vor die Türe ihrer Kammern treibt. Tag um Tag wieder einmal zwei Verhandlungen vor dem hiesigen Schöffengericht. In dem ersten Falle ist wegen Betruges der Arbeiter Oskar Hermann Adolf Schneider angeklagt. Der Angeklagte ist verheiratet und hat Kinder. Er dient 13 Jahre — zuletzt als Feldwebel — bei den Grenadiern in Dresden. Zuletzt arbeitete er auf dem Bau. Obwohl er den Eindruck eines gebildeten und fröhlichen Menschen macht, befindet er sich monatelang im Krankenhaus, und es ist ihm nur leichte Arbeit gestattet. Die ist aber schwer zu finden und so ist es kein Wunder, daß er im ganzen 54 Mal — in der Hauptstadt zwei wegen Betruges — verurteilt ist. Bis vor kurzer Zeit war er wieder 21 Wochen im Krankenhaus. Er fand trotz eifrigen Suchens keine Beschäftigung und es blieb ihm daher weiter nichts übrig, als wieder zu betteln, denn Hunger hat weh. Seine 54. Strafe ist 10 Tage Haft. Der nächste Angeklagte ist der ehemalige Eisensteiger Karl August Schötte. Das letzte geregelte Arbeitsverhältnis beendete er vor 12 Jahren in St. Gallen in der Schweiz. Dann wurde er Invald und jetzt erweist er sich seinen Lebensunterhalt kümmerlich von einem Handel mit Schmucksteinen. Er ist selbst zu der leichtesten Arbeit infolge seiner Gebrechlichkeit untauglich. Es kommt oft vor, daß er weder Barm noch Geld hat, und dann bleibt ihm nichts anderes übrig, als zu betteln. So wurde er vor einigen Tagen in der Umgebung von Dresden ausgegriffen und in Unterbringung gebracht. Er ist auf diese Weise nicht weniger denn 100 mal verurteilt. Man demütigt ihn zu 1 Woche Haft, wozu 3 Tage als verbüßt gelten. Dann wird er sich wieder auf der Wandstraße weilt schleppen, bis man ihm eines Tages irgendwo ausfindet.

**Wetterbericht von der Wetterkammer an der Friedrich-August-Brücke vom 5. März, mittags 12 Uhr.**  
Barometer 758. Schön Wetter.  
Thermometer + 11° R.  
Thermometergraph: Min. + 8°, Max. + 10°.  
Hygrometer 60%  
Wasserstand — 144 Zentimeter.

**Prognose der städtischen Landeswetterkammer für den 6. März.**  
Wolke Schwinde; bedeckt; milde; zeitweise Regen.



Soziales.

Die stellungslos werdenden Krankenkassenangehörigen. Bei der Umformung des Krankenkassenwesens, die jetzt im Gange ist, kommen bekanntlich zahlreiche Ortskrankenkassen zur Auflösung...

Lurch die Auflösung der Kassen werden auch zahlreiche Angestellte materiell berührt. Nach § 302 der Reichsversicherungsordnung hat der Vorstand einer Kasse, die aufgelöst wird, diese Tatsache den Angestellten mitzuteilen...

Einem kleinen Loth bringt ihnen nur der erwähnte Artikel 32 in seinem zweiten Satz. Es heißt da: „Die Versicherungsträger sollen geeignete Angestellte, die infolge der Neuordnung bei einer Krankenkasse entbehrlich werden bei Annahme von Hilfskräften in möglichst berücksichtigen.“

Wir werden ja sehen, ob die Anordnungen auch durchgeführt werden, wenn es sich um Kassenangehörige handelt, die sich offen zur sozialdemokratischen Partei bekennen.

Parteiangelegenheiten.

Gemeinderatswahl.

In dem Vorgesetzten St. Kreuz wurde am Sonntag den 2. März bei den Stichwahlen zum Gemeinderat den Sozialisten durch unsere Genossen in Gemeinschaft mit den Demokraten eine vollständige Niederlage bereitet.

Aus den Parteiorganisationen.

In einer am vergangenen Sonntag in Karlstraße stattgefundenen Sitzung des sozialdemokratischen Landesvorstandes, zu der auch die Vorsitzenden der Kreisvereine, die Parteifreizeiter und Vertreter der baltischen Parteipresse eingeladen waren, wurde die Frage der Bildung eines Großbundes gleich im ersten Wahlgang eingehend debattiert.

Drei Vaterunser für die sozialdemokratische Zeitung.

In dem Ort Reichensfeld in der nördlichen Oberpfalz herrscht nicht der Friede, den der Name andeutet, sondern heftigste Zwietracht infolge der abscheulichsten Verheerung, die von den frommen Zentrumschreibern betrieben wird.

Sozialistische Blindenliteratur.

Von der Neuen Zeit, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Sprache, sind bisher die Nummern 1 bis 8 erschienen; sie haben u. a. folgenden Inhalt: Vom Jüdischen Blindentum; Die Stellung der Frau im Reich der Kulturstaaten; Ferdinand Lassalle; Krieg dem Krieg!

Bestimmungen der sozialistischen Frauen-Kommune in Petersburg. Die Arbeiterzeitung Quisich brachte zum Frauentage am 2. März eine besondere Nummer heraus, die aber sofort von der Polizei konfisziert wurde.

Grund des „Umsturzparagrafen“ 129 ein gerichtliches Verfahren eröffnet, und zwar wegen der Veröffentlichung eines Briefes von Pöbel, der Begrüßungsartikel von Clara Zetkin, Adelheid Popp, Dora Montsefiore u. a.

Das Tageblatt der englischen Arbeiterpartei.

Aus London wird uns geschrieben: L. K. Das Tageblatt der englischen Arbeiterpartei, Daily Citizen, besteht jetzt etwa vier Monate. Das Unternehmen ist formell eine Aktiengesellschaft, aber die Teilnehmer sind fast ausschließlich Gewerkschaften...

Der Empfang, der dem Daily Citizen bereitet wurde, war in vielen Distrikten zufriedenstellend und ermutigend, aber im allgemeinen doch etwas enttäuschend.

Ursprünglich wurde das Blatt in Manchester hergestellt, aber auf die zahlreichen Vorstellungen der Leser und Anhänger in London und Südengland entschloß sich das Direktorium zu dem großen Unternehmen, das Blatt gleichzeitig in London und Manchester herzustellen.

Trotz dieser Schwierigkeiten hat sich das Blatt schon jetzt als eine unentbehrliche Waffe im Kampfe der Arbeiterbewegung und als ein beispielloses Erziehungsmittel erwiesen.

Aus dem Rechnungsabluß, der vom 31. Dezember 1912 datiert ist, ergibt sich, daß bis dahin über 55 000 Pfund Sterling an Aktienkapital eingebracht worden sind.

Schweidberg. Die Zeitung wird sich in diese Streitigkeiten nicht einmischen und lehnt deshalb die Aufnahme der Einleitung ab. Goldsch. Der Verlagsberichtsbericht ging am 3. März ein.

Briefkasten.

Schweidberg. Die Zeitung wird sich in diese Streitigkeiten nicht einmischen und lehnt deshalb die Aufnahme der Einleitung ab. Goldsch. Der Verlagsberichtsbericht ging am 3. März ein.

Verlagsberichtsbericht Pöbelchen usw. Wir haben gestern über den Frauentag berichtet. Heute eingehende Berichte können wir nicht mehr bringen.

E. S. 91. A 45 bedeutet: Geringe Abweichung der Wirbelhäute ohne Verdrängung ihrer Beweglichkeit. Steuerzahler. Bei der Staatssteuer ist dieser Adressat ohne weiteres berechtigt.

Weiteres berechtigt. Auch bei der Gemeinde-Einkommensteuer kann der Bericht gemacht werden. In einem kritischen Falle hat die Amtsbauverwaltung zugunsten des Steuerzahlers entschieden.

Bereitschaften für Donnerstag.

Brande der Gold- und Metallschläger. Abends 8 Uhr Brandversammlung im kleinen Volkshausaal. Brande d. Bau- u. Röhrenarbeiter. Maschinenarbeiter usw. Versammlung im Krillpalast, Schäferstraße.

Kleinverlanspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

Table with columns: Rühre Bezeichnung, am 3. März 1913, Preis für 1/2 kg, Preis für 1 kg, Preis für 1/2 kg. Rows include Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, etc.

Victoria-Salon, Waisenhausstr. 16. Der Balkan-Krieg. lobende Kolossal- und Schlachtenbilder; Dagmar Hanson; Pöbel; Vega-Trio; Margot de Vaire; Voigt; Hrothors Bolclair; 7 Wilhelmnas; Madame Rogia; Kino.

Josefetti JUNO 2s CIGARETTE. Illustration of a man in a suit smoking a cigarette, with a lamp and books on a table.

Der gelehrte Arzt und die erfahrene Großmutter sind darüber einig. Postkarten mit eigener Photographie. Frauen-Tropfen. Kleian's selbstkt. Backmehl.





Wollen wir die Eingeborenenkulturen leben und die Eingeborenen schützen, so daß sie sich wohl fühlen, dann dürfen wir ihnen nicht kleine Nippchen Land zuweisen, sondern müssen ihnen genügend große Grundstücke zur Verfügung stellen. In 25 Jahren sind dort schon 150.000 Menschen vernichtet worden. Der Staatssekretär hat diese Affären berichtigt, aber eine Gewähr für die Wichtigkeit seiner Affären kann er auch nicht übernehmen. Aber selbst, wenn diese richtig sind, dann sind immer noch über 20.000 Menschen in Afrika hungerlos, damit einige wenige sich bereichern können. Welche Menschenhätlichkeit sind dort veranfaßt. Die Farmer empfehlen die Eingeborenen nicht, wie jetzt, nur mit Bügel- und Gelangnis zu bestrafen, sondern wollen die entlassenen farbigen Arbeiter auch noch häßlicher, kennzeichnen und in Ketten legen. In Bezug auf die Polizei ist dem Staatssekretär früher nicht alles bekannt, sonst würde er sich doch länger mit einem Tonnerwort beschäftigen sein. Aber was die Farmer verlangt haben, ist geradezu himmelschreiend und ein Brandmal für die deutsche Kolonialpolitik. Der Gouverneur hat sich genötigt gesehen, in ganzen Bezirken das Anwerben farbiger Arbeiter zu verbieten, um ihre völlige Ausrottung zu verhindern. (Nicht bei den Sozialdemokraten.) In Senegambien sind sie noch Ennos vertrieben und haben dort als Kulturfolger geendet. Das ist ein Kulturfolger der Schwarze, auf das auch die Kolonialverwaltung achten sollte. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Auch der Verordnungen, die die Zahl der Bewerber der schwarzen Arbeiter zugunommen, mit Energie

mühte die Verwaltung die Beachtung der Verordnungen erzwangen. Die Farmer verlangen, daß die Arbeiter Steuern gälten, wenn sie nicht arbeiten, was ihnen natürlich unmöglich ist. Wenn die Farmer aber selbst Steuern zahlen sollen, dann schreiben sie auf, so hat sich eine Gesellschaft über eine Steuer empört, die ihr auferlegt wurde, weil sie noch in der Wüste des Königreichs Dahomey, das sie für 150.000 Pfund erworben hatte (Nicht bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterfrage ist bei den Sozialdemokraten, „wohlerworbener“ Sache (Nicht bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hat der Gesellschaft eine energetisch energische Antwort erteilt. Die Arbeiterfrage wird brendend werden, sobald die Kolis und die Neger sich organisieren. Wir betrachten diese Schwarzyn als Arbeitssünder, ja solche schwarzen Brüder sind und lieber als die schwarzen Brüder in Deutschland. (Nicht bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterfrage ist in den Kolonien nicht im Sinne unserer Kapitalisten zu lösen. Die humanistische Kolonialpolitik bietet immer die Förderung der Eingeborenenkultur. Was und freilich einreden wollte, daß die Baumwollenproduktion in unseren Kolonien konkurrenzfähig werden könnte, der wäre nur ein betrogenen Betrüger. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) Erörterte ist, daß der Staatssekretär den Wünschen der Farmer Schutzmaßnahmen in Bezug auf die Ökonomie nicht nachgibt, auf deren Arbeitskraft diese Farmer einen Appetit haben, wie Tiger auf Menschenblut. Neger erinnert an die behaltenden Maßnahmen, die der Farmer Camax sich gegen Eingeborene hat ausdenken können. Wir werden die

Eingeborenen gegen alle Nebergriffe von Farmern und Kolisten stets in Schutz nehmen. Behandle man die Eingeborenen wie Menschen, dann wird man auch keine Aufstände zu fürchten haben, und dann brauchen wir auch keine Schutztruppe. Der Staatssekretär, „Alteingesessene Zeitung“ auf das schärfste angegriffen wurde, hat inzwischen in einer Weise den Weisfall der „Kolonienfreunde“ gefunden, die ihn und recht verdächtig macht. „Kolonienfreunde“ des Reichstages in Bezug auf die Mißgehen im Verordnungsverfahren (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten), denn nur ein Prozent der Mißlinge wird in Ehen geboren, 99 Proz. aufrecht. Die deutsche Kolonialpolitik kostet dem deutschen Volke ungeheuer viel Geld und bringt nur sehr wenig ein. Wir lehnen diese Kolonialpolitik ab. (Zurück rechts.) Auch in den Sozialistischen Monatsheften“ werden Sie keinen Artikel finden. Solche Kolonialpolitik muß jeder Sozialdemokrat verwerfen. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.)

Darauf verlegt sich das Haus.  
Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Konferenzüber Antrag auf Vermehrung der kleinen Kommissoren, Petitionen.) Schluß 6 1/2 Uhr.

**Veriammlungen.**

Gewerkschaftsstatistik. In der am 28. Februar stattgefundenen Kartellversammlung erläuterte Genosse Bud den Jahresbericht über die Tätigkeit des Dresdner Arbeitersekretariats. Er hob hervor, daß sich im Berichtsjahre die Beschäftigten in 302 Arbeitstagen auf 10.317, gegen 12.749 des Vorjahres steigerte. Die Beschäftigten pro Tag auf 44,8, gegen 42,4 gestiegen. Es wurden insgesamt 13.972 Auskünfte erteilt, darunter über Arbeitervericherung 8177, über Accidents- und Demeritvertrag 1820, über bürgerliches Recht 5136, über Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 1847, über Strafrecht 1255 und 707 über Vereine und Verammlungen, Arbeiterbewegung, Privatversicherung, Handels- und Gewerbetreiben und Tiberes. Schriftliche Auskünfte wurden in 1738 Fällen erteilt, außerdem wurden 23 Verordnungen der verschiedenen Verordnungen ausgearbeitet. Meistens wird besonders daraufhin, daß durch die neue Reichsverversicherungsordnung mit den dazu erschienenen Ausführungsbestimmungen und Verordnungen den Arbeitern eine reiche Tätigkeit erwachsen ist auf Grund der veränderten Sachlage und des notwendigen Studiums der neuen Materie. Er warnte vor den mit hohem Gehalt angebotenen Vizepräsidenten und von den Kautionsbürgschaften, weil dadurch nicht nur der verdienstliche Verdienst ausbleibt, sondern auch noch die mühsam erparten Anzahlungen verloren gehen.

Ein Bericht vom Sekretariat Böhlen gab der Genosse Weis. Hier ist die Zahl der Auskunftsgehenden sowie die Zahl der erteilten Auskünfte zurückgegangen, jedoch stieg die Zahl der angefertigten Schriftsätze von 631 auf 704.

Durch Mitteilung von anderen Männern ist eine wesentliche Verbesserung in den Lokalverhältnissen eingetreten. Im allgemeinen schließt sich der Genosse Weis den Ausführungen des Genossen Bud an.

Den Bericht vom Volkshaus gab der Geschäftsführer Genosse Weis. Er erklärte, daß man auch für das Jahr 1912 mit dem Abschluß zufrieden sein könne, wenn auch die Abschreibungen nicht in der Höhe vorgenommen werden konnten wie im Vorjahr. Das sei zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Lebensmittel zum Verbrauch in der Höhe frei auf hohen Preisen gehalten haben und die Verwaltung erst dann zu einer möglichen Erhöhung der Preise für Speisen gekommen sei, als keine Aussicht auf einen Fall der Lebensmittelpreise vorhanden gewesen sei.

Der Umsatz in der Höhe sei um 836,71 M. gestiegen, der Gewinn jedoch um 1.084,83 M. gesunken. Die Beschaffung einer Hypothek war auch mit Zahlung von Speise in Höhe von 1674,40 M. verbunden. Die Grundstücke selbst haben wiederum durch die Einrichtung von Wohnungen zu Bureauecken einen Aufschwung gefunden. Dies dürfte jedoch nicht mehr erreicht werden können. Insgesamt sind noch 3002,80 M. zu Abschreibungen verwendet worden.

Rechner fand ein Antrag des Vorstands zur Beratung, welcher eine bestimmte Form zur Eingliederung der Beiträge vorschlägt. Die Vertreter der Zimmerer, der Bauarbeiter und Genosse Wendische für die Ausdrucker erklärten sich gegen den Antrag. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Genossen Graze auf Schluß der Debatte und darauf der Vorstand mit großer Majorität angenommen.

In die Kommission werden bestätigt die Genossen Rippold, Schirich, Jentsch, Dallmas, Müller, Kojster, Kojster, Bieschmann und Koller.

Der Vorsitzende macht den Vorschlag, eine Kommission zur Vorbereitung der Wahlen zum Vorstand zu wählen. Auf Antrag Graze wird jedoch davon Abstand genommen.

Genosse Nisch empfiehlt, die Vorgänge im Zentralarbeitsnachweis in der nächsten Verammlung zu besprechen, worauf der Vorsitzende mitteilt, daß es zu dieser Verammlung bereits geschieden sollte und nur der vorgeschriebenen Zeit wegen abgelehnt werden mußte. Anwesend waren 152 Vertreter. (S. 8.)

Die von den Schiedsrichtern am hiesigen Oberverwaltungsamt berichteten Verhandlungsfälle bieten interessantes statisches Material; so habe der Ausgang der Berufungsfälle für die Versicherungsträger einen solchen von 61,5 Prozent zu verzeichnen gehabt. Im Verein wurden in dem Berichtsjahre Beiträge abgehalten über: Die neue Reichsverversicherungsordnung, über das Thema: „Sind in Sachsen neben den allgemeinen Krankenversicherungen noch Landfrankenstellen zu errichten“, Die abgeänderte Rechtslage der Arbeitervericherung durch die Reichsverversicherungsordnung, Die Tätigkeit der Arbeitersekretäre in der Arbeitervericherung, Die Bekämpfung der Tuberkulose durch die Arbeitgeberstellen, Die zukünftige Lösung der Dresdner Krankenkassen um. Ferner wurde Bericht erteilt von dem Krankenkassen-Kongress zu Köln a. Rh. am. Der Kassierer Genosse Köhler gab hierauf den Kassierbericht. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Berichtsjahres 175.

In den Vorstand wurden wiederum gewählt: Genosse Prähdorf, 1. Vorsitzender, Genosse Steinbrück, stellvertretender Vorsitzender, Genosse Köhler, 1. Kassierer, Genosse Vogel, 2. Kassierer, Genosse Godebski, 1. Schriftführer, Genosse Starke, stellvertretender Schriftführer, als Revisoren die Genossen Kunge, Israel und Seebald. Hierauf hielt Herr Vizepräsident Krongel von der Dresdner Krankenkassen eine recht instruktiven Vortrag über: Die Neuorganisation der Orts-, Bezirks- und Jungmännervereine nach der Reichsverversicherungsordnung. Im letzteren Bestimmungen zweifelsfrei veranschaulichten zu können, zergliederte der Vortragende die Bestimmungen in drei Teile: 1. einmal, um die Bestimmungen zu behandeln, die in der Reichsverversicherungsordnung selbst enthalten sind; 2. die im Einführungsgefeß befindlichen Bestimmungen; 3. diejenigen Bestimmungen, nach denen sich Orts-, Bezirks- und Jungmännervereine in Zukunft zu richten haben und was dieselben in Zukunft zu tun haben, um dem Gesetz zu genügen und zu entsprechen. In längeren Ausführungen, über die hier zu berichten zu weit führen würde, trug der Vortragende die Bestimmungen der verschiedenen Paragraphen, wie dieselben durch das Gesetz zur Einführung und zur Anwendung gebracht werden müssen, vor. Was die notwendige Errichtung der Gebühre (Statut) anbelange, so könne dieselbe erst erfolgen, wenn die Kaiserjahre vom Bundesrat herausgegeben werde. Dessenfalls gehe dieses Anfang März. Inwiefern verschiedene Wünsche und Vorschläge zur Geltung zu bringen seien, sei dann Aufgabe der Reichsvertreter respektive deren Vertreter. Wieder Weisfall lehnte den Vortragenden für seine Ausführungen. Von einer Debatte hierüber wurde der vorgeschriebene Zeit wegen Abstand genommen und die Verammlung geschlossen. (S. 8.)

werden. Er empfahl deshalb keine Änderungsanträge zum Entwurf zur Annahme. In der lebhaft eingehenden Debatte wurden die Änderungsanträge bekämpft. Die Debatter erklärten, daß die bestehenden Verhältnisse eine derartige Regelung noch nicht zuließen. Die Debatte wurde auf Antrag geschlossen, und in der Abstimmung der Entwurf der Verwaltung zum einigen reaktionären Änderungen gegen wenige Stimmen angenommen. Infolge der vorgezogenen Zeit wurden die anderen Anträge bis zur nächsten Quartalsversammlung zurückgestellt. (S. 8.)

**Gelds.** Am 28. Februar fand in Rippoldhain Gasthof eine Einwohnerversammlung statt, in der Stellung genommen wurde auf der im Ort herrschenden Wohnungsnot. Der Saal war von Beginn der Versammlung schon voll besetzt, so daß Hunderte keinen Platz fanden. Landtagsabgeordneter Genosse Nische referierte über: „Wie kann die Gemeinde der Wohnungsnot abhelfen?“ Er besprach die Wohnungsfrage im allgemeinen sowie im besonderen für die Gemeinde Gohsitz, über den Bau von Kleinwohnungen durch Gemeinde, Genossenschaften oder Private. Wieder Weisfall lehnte die Ausführungen des Referenten. In der Debatte berichteten die Gemeinderatsmitglieder Genossen Grober und Gündel über die Behandlung dieser Frage vom Gemeinderat sowie vom Gemeindevorstand im einzelnen. Besonders von letzterem sowie auch vom Hausbesitzerverein wurde darauf gesehen, daß ausgedehnte hundertfache Familien keinen langen Aufenthalt in der Gemeinde haben. Durch Annahme einer Resolution an den Gemeinderat gab die Versammlung über die Errichtung Ausdruck über das rückständige Verhalten der Mehrzahl des Gemeinderats zu dieser Frage. (S. 8.)

**Tippschilde.** Am Freitag den 28. Februar fand unsere Gruppenversammlung im GutsMuths-Haus. Genosse Krim hielt einen interessanten Vortrag über: Die Entwicklung der Arbeit. Genosse Holm gab den Vorstandsbericht, derselbe wurde ohne größere Debatte angenommen. Als Berichtsführer wurde der Genosse Nagelmann, als dessen Stellvertreter der Genosse Hermann Weigt wiedergewählt. Die Neuwahl der anderen Verwaltungsmitglieder wurde zur nächsten Gruppenversammlung zurückgestellt. In die Bibliothekskommission wurden die Genossen Nagelmann, Albert Erlauch und Bruno Precht gewählt. Vom Komitee wurde der Vorstoß gemacht, am 1. Mai im Demonstrationzug nach Rabenau zu gehen, um mit den Rabenauern daselbst einen gemeinsamen Umgang zu veranstalten. Abends soll dann der übliche Kommers in Tippschilde stattfinden. Die Gruppenversammlung war mit diesem Vorschlag einverstanden. Wir erwarten schon jetzt von den Parteimitgliedern sowie von deren Frauen, daß sie alle an dem Zug nach Rabenau teilnehmen, damit wir dort in einer ansehnlichen Zahl erscheinen. Aufmerksamkeit wurde noch darauf gemacht, daß am 14. März wieder ein Unterhaltungsabend, ausgeführt von Frau Wallone, stattfinden. Der Besuch der Versammlung konnte wohl ein besserer sein. (S. 8.)

**6. Kreis, 8. Bezirk.** (Mitgliederversammlung der Orts-Gohmannsdorf, Gainsberg und Gainsdorf am 22. Februar.) Den Vorsitz aus der Kreisversammlung erhaltete Genosse Köhler. Das Statut wurde in der Fassung der Kreisversammlung angenommen. Den Bericht aus dem Kreisvorstand gab Genosse Kinkert. Beim Punkt „Gemeindeangelegenheiten“ berichteten die Gemeindevorsteher von Gohmannsdorf, Gainsberg und Gainsdorf über die Verhandlungen betreffs Verammlungen der Krankenkassen. Eine Einigung war noch nicht möglich. Den Mitgliedern dieser Klassen wurde der Rat gegeben, dieser Angelegenheit mehr Beachtung zu schenken. Unter „Arbeitsangelegenheiten“ wurde der Antrag auf Bildung eines selbständigen Bezirks einstimmig angenommen. Darauf erfolgten die Neuwahlen. Gewählt wurden: Köhler als Kreisreferent, Kinkert als Stellvertreter und 1. Vorsitzender, Kai als 2. Vorsitzender, Paul als 1. Schriftführer, Kojisch als 2. Schriftführer, Zimmermann als Kassierer, Richter und Gutte als Revisoren und Kojisch und Wehner als Bibliothekare. Anwesend waren von Gohmannsdorf 31, von Gainsberg 9 und von Gainsdorf 9. (S. 8.)

**Gemeindevorsteher.** Am 28. Februar fand im Volkshaus unsere Mitgliederversammlung statt. Dieselbe befahte sich mit den Anträgen aus der Generalversammlung, vornehmlich mit der Schaffung eines Filialregulativs. Dazu lag ein Entwurf der Filialverwaltung und einige Änderungsanträge des Kollegen A. vor. In seinen einleitenden Ausführungen ging der Vorsitzende auf die besonderen Arbeitsverhältnisse bei Staat und Gemeinde ein. Diese Verhältnisse müssen auch in der Wiederung des Filialkörpers berücksichtigt werden. In der Organisation unserer Filiale ist dies auch stets zum Ausdruck gekommen. Er empfahl daher auch den Entwurf, der den Charakter unserer Organisation wahrt, zur Annahme. Kollege A. begründete seine Anträge eingehend. Nach seiner Meinung soll durch die von ihm vorgeschlagene Gliederung die Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens und die weitere Heranbildung der Kollegen zu den Verwaltungsarbeiten erreicht

werden. Er empfahl deshalb keine Änderungsanträge zum Entwurf zur Annahme. In der lebhaft eingehenden Debatte wurden die Änderungsanträge bekämpft. Die Debatter erklärten, daß die bestehenden Verhältnisse eine derartige Regelung noch nicht zuließen. Die Debatte wurde auf Antrag geschlossen, und in der Abstimmung der Entwurf der Verwaltung zum einigen reaktionären Änderungen gegen wenige Stimmen angenommen. Infolge der vorgezogenen Zeit wurden die anderen Anträge bis zur nächsten Quartalsversammlung zurückgestellt. (S. 8.)

**Gelds.** Am 28. Februar fand in Rippoldhain Gasthof eine Einwohnerversammlung statt, in der Stellung genommen wurde auf der im Ort herrschenden Wohnungsnot. Der Saal war von Beginn der Versammlung schon voll besetzt, so daß Hunderte keinen Platz fanden. Landtagsabgeordneter Genosse Nische referierte über: „Wie kann die Gemeinde der Wohnungsnot abhelfen?“ Er besprach die Wohnungsfrage im allgemeinen sowie im besonderen für die Gemeinde Gohsitz, über den Bau von Kleinwohnungen durch Gemeinde, Genossenschaften oder Private. Wieder Weisfall lehnte die Ausführungen des Referenten. In der Debatte berichteten die Gemeinderatsmitglieder Genossen Grober und Gündel über die Behandlung dieser Frage vom Gemeinderat sowie vom Gemeindevorstand im einzelnen. Besonders von letzterem sowie auch vom Hausbesitzerverein wurde darauf gesehen, daß ausgedehnte hundertfache Familien keinen langen Aufenthalt in der Gemeinde haben. Durch Annahme einer Resolution an den Gemeinderat gab die Versammlung über die Errichtung Ausdruck über das rückständige Verhalten der Mehrzahl des Gemeinderats zu dieser Frage. (S. 8.)

**Tippschilde.** Am Freitag den 28. Februar fand unsere Gruppenversammlung im GutsMuths-Haus. Genosse Krim hielt einen interessanten Vortrag über: Die Entwicklung der Arbeit. Genosse Holm gab den Vorstandsbericht, derselbe wurde ohne größere Debatte angenommen. Als Berichtsführer wurde der Genosse Nagelmann, als dessen Stellvertreter der Genosse Hermann Weigt wiedergewählt. Die Neuwahl der anderen Verwaltungsmitglieder wurde zur nächsten Gruppenversammlung zurückgestellt. In die Bibliothekskommission wurden die Genossen Nagelmann, Albert Erlauch und Bruno Precht gewählt. Vom Komitee wurde der Vorstoß gemacht, am 1. Mai im Demonstrationzug nach Rabenau zu gehen, um mit den Rabenauern daselbst einen gemeinsamen Umgang zu veranstalten. Abends soll dann der übliche Kommers in Tippschilde stattfinden. Die Gruppenversammlung war mit diesem Vorschlag einverstanden. Wir erwarten schon jetzt von den Parteimitgliedern sowie von deren Frauen, daß sie alle an dem Zug nach Rabenau teilnehmen, damit wir dort in einer ansehnlichen Zahl erscheinen. Aufmerksamkeit wurde noch darauf gemacht, daß am 14. März wieder ein Unterhaltungsabend, ausgeführt von Frau Wallone, stattfinden. Der Besuch der Versammlung konnte wohl ein besserer sein. (S. 8.)

**6. Kreis, Bezirk Gohsitz.** (Mitgliederversammlung vom 27. Februar.) Von der Kreisversammlung berichtete Genosse Böbel. Der Statutenänderung wurde einstimmig bis auf den § 2a. Delegierten-Generalversammlungen betreffend, der von allen Delegierten gebilligt und auch schließlich abgelehnt wurde. Aus dem Kreisvorstand berichtete Genosse Wente. Die Kaiserzeit wird in diesem Jahre für Dresden-West in der Weltweite abgehalten werden. Zum Sängerkreis legte Genosse Starke die Gründe der bestehenden Differenzen dar und erlegte um volle Unterstützung der Bundesbehörde des Arbeiterjugendbundes. Der Neuwahl des Bezirksführers mußte auf die nächste Bezirksversammlung verzagt werden, da der einzige Kandidat hieran, Genosse Jobe, die auf ihn gestellte Wahl ablehnte, da sich nur eine Minorität auf ihn vereinigte. Beim Bericht aus der Kinderjugendkommission empfahl Genosse Wente, daß für die Kinder mehr beschreibende Anführungen veranstaltet werden sollten. Ein Antrag, die Bezirksversammlungen künftig Donnerstags stattfinden zu lassen, wurde angenommen. (S. 8.)

**Dubec** die beste 2 1/2 Pfg. Cigarette  
**Joantos** Cigaretten mit Bar-Coupons  
**Wertkupon von 10 Pf.**  
Als Probe erhalten Sie gegen Auslieferung eines unverschuldeten Coupons in jedem Geschäft  
Bild Zeitschrift-Dubec mit Bar-Coupon gratis beim Einkauf von 10 Cigaretten dieser Marke.  
Cigarettenfabrik Joantos, Dresden-N. 21.  
Wo nicht erhältlich, geben wir Vorbestellungen an.

**Eine Küchen-Neuheit!** Als glückliches Ergebnis unserer langjährigen Versuche steht jetzt den vielen sorgenden Hausfrauen und Müttern in dieser teuren Zeit eine neue Erfindung in der Küche zur Seite, die erstaunlich praktischen

Ohne weitere Zutaten sofort eine kräftige delikate Sauce. Nahrhafte ausgezeichnete Gerichte auch ohne Fleisch. **Roburall** erhältlich! **Sardellen-, Capern-, Zwiebel-, Senf-, Meerrettich-, Goussch-, Tomaten-, Madeln-, Pilz-, Braten-Sauce!**

**Rotti-Saucen** 10erlei Würfel & 10 Pf.

Houssedy & Schwarz, Rotti-Gesellschaft m. b. H., München auch Rhein-Feink. der echten, anerkannt ersten Rotti-Saucen-Würfel, Suppen u. Wurst.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 4. März. Der oberste Kriegsrat hat einstimmig erklärt, daß es unbedingt nötig sei, die Effektivstärke der Truppen zu erhöhen.

Neue Kreditforderungen.

Paris, 4. März. Die Regierung hat heute in der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf eingebracht, durch welchen Nachttagsskredite für Warosko für das Finanzjahr 1912 in Höhe von 100 Millionen Frank gefordert werden.

Paris, 4. März. In ihrer heutigen Sitzung stimmte die Kammer mit 24 Stimmen gegen 195 bei 606 Stimmenabgaben für die Annahme einer neuen Steuer von 50 Centimes per Tonne Kohle, die die Kohlenminen zu befallen haben.

England.

London, 4. März. Das innere Amt hat Bestimmungen erlassen, die unter anderem eine Aufzählung von Verordnungen enthalten, über deren jeden Art von Luftschiffen oder Flugzeugen der Verkehr verboten ist.

Spanien und der Dreißigjährige Krieg.

Madrid, 4. März. Die spanische Presse beschäftigt sich sehr lebhaft mit dem geplanten Mittelmeerabkommen mit Italien.

Russland.

Neue „Nüftungspläne“.

Die geschäftspatriotische französische Presse verzeichnet mit Genugtuung die Nachrichten von der Freude, die die Nüftungspläne der französischen Regierung in Petersburg hervorgerufen hätten.

Vier Sacharinschmuggler in Hamburg verhaftet.

Hamburg, 4. März. Die Hamburger Polizei ist heute einer Sacharinschmugglergesellschaft auf die Spur gekommen.

Neue Drahtkranfahrschiffe.

Berlin, 4. März. Ein Clerkscher hat heute in der dritten Nachmittagsstunde dem Amtsvorsteher von Schulzendorf — es ist dies nicht von dem Tatorie, wo am Sonntag der grauenvolle Anschlag auf das Automobil des Juweliers Klug gemacht wurde — die Anzeige gemacht, daß auf der Chaussee nach dem Dorf Heiligensee kurz vor einer Brücke an Räumern über die Chaussee ein Drahtseil, das aus vier einzelnen Drähten bestand, befestigt war.

Berlin, 5. März. Während nach dem Befunde des Automobilanfalls auf der Chaussee zwischen Schulzendorf und Heiligensee dielekt angekommen werden kann, daß brennende Jungen den Drahtseil fanden und ihn zu dem Verbrechen benutzten, scheint es sich um einen willkürlichen verkehrswidrigen Plan in einem Hause zu handeln, der der Vollst. nachträglich aus Brandenburg gemeldet wird.

Opium und Kokain.

Brest, 4. März. Gestern kam vor dem hiesigen Vollstgericht ein Opiumprozeß zur Verhandlung.

Schiffsteuermann und drei Halbwelldamen. Das Urteil lautete für den Offizier auf 2 Monate Gefängnis und 1000 Frank Geldstrafe, zwei Damen erhielten 2 Monate Gefängnis und 500 Frank und eine Dame 2 Monate Gefängnis und 100 Frank Geldstrafe.

Paris, 4. März. Alle Blätter bringen heute morgen längere Artikel über die Kolumbiade. Es wird bekannt, daß gewisse Apotheker, ohne Schwierigkeiten zu machen, kleine Mengen Kokain zum Preise von 150 Frank abgeben.

Schiffsunfall.

Konstantinopel, 4. März. Das Untertor der letzten Tage hat viele Schiffsunfälle verursacht. Das Schiff Calabab ist im Marmarameer gesunken, wobei sämtliche Passagiere den Tod fanden.

KIOS advertisement with logo and text.

Abhanden gekommen advertisement for a dog named 'Dora'.

Persil advertisement featuring a man in a uniform and text: 'Bleiben Sie ehrlich in Ihrem Urteil...'.

Mutterspritzen advertisement for Frau Heusinger.

Tharandt und Umg. advertisement for printing services.

Deutscher Holzarbeiter-Verband advertisement for Paul Hermann Ullrich.

MÖBEL advertisement for Zietze furniture store.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands advertisement for Karl Pollack.

Advertisement for Artur Richter regarding a collection.

Advertisement for Holzpantoffel shoes.

Neues aus aller Welt.

Ein Torpedoboot gesunken. Helgoland, 5. März. Heute nacht ist das Torpedoboot S 178 von einem unbekanntem Schiffe gerammt worden und gesunken.

Helgoland, 5. März. Von der Besatzung des Torpedobootes S 178 sind, wie verlautet, nur 15 Mann gerettet worden; 50 bis 60 Mann sind ertrunken.

Heberfall in einer Lotteriekollektion. Halle a. S., 4. März. Heute nachmittag wurde im Bureau der Lotteriekollektion des Majors a. D. Rogge im Zentrum der Stadt ein Heberfall verübt.

Fahrräder advertisement for a bicycle.

Holzpantoffel advertisement for wooden shoes.

Vertical text on the left edge of the page, partially cut off.



# Rheinperle

Margarine ganz frisch vom Block in allen Geschäften feinsten Molkeleibutter

Überall erhältlich

Jurgens & Prinzen G. m. b. H. SOLO in Carton

Soeben erschienen:

## Frauenwahlrechts-Zeitung

Illustriert. Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch die Kolportage u. die Volksbuchhandlung

**+ Damen +**

empf. best. Spülapparate, Natter-spritzen, hyg. Artikel und werden sich bei Einnahme vertrauensvoll an Frau Fröhlich, Kellstraße 23, I.

**Heiser-**

keit, Husten usw. lindert man durch Schokoladen-Serings oder Zanuffa-Bonbons. 1/2 Pfd. 25 Pf., Probentel 10 Pf.



**E. PASCHKY**

Pillnicher Str. 14 Tel. 3102  
 Alnanstraße 4 Tel. 2267  
 Wismarplatz 13 Tel. 4102  
 Eingang Hindenburgstr. Jöllnerstr. 12 Tel. 2806  
 Wienerstr. 11 Tel. 4871  
 Warthaer Str. 14 Tel. 4050

Wotenhauerstr. 24 Tel. 3070  
 Wettinerstr. 17 Tel. 1626  
 Koenigsstr. 43 Tel. 1735  
 Gedächtnisstr. 27 Tel. 4290  
 Torgauer Str. 10 Tel. 1530  
 Trompeterstr. 5 Tel. 2087  
 Meißnerstr. 11 Tel. 4114  
 Tel. 4114

Kontore und Lagerort: Wölfnitzstr. 1. Tel. 1034.

Eine große Delikatesse und jetzt sehr preiswert:

Nur Galeriestrasse 11, Nähe des Altmarktes und Scheffelstraße 24, 1.

kaufen Sie von Herrschaften wenig geir. Kleider teils auf Seide

Kunze u. Heberzicher n. Nr. 10 an  
 Dofen, Schuhe . . . n. Nr. 2 an  
 Heberbetten . . . n. Nr. 10 an  
 Neue Kunze aus gut. Stoff. von  
 Nr. 15 an. Neue Schuhwaren und  
 Kinder-Garderobe in jed. Preislage  
 Schrad- u. Handtaschen n. Nr. 10 an  
 auch zu verleihen.

Elegante Kostüme . . . n. Nr. 10 an  
 Einzelne Blusen, Röde n. Nr. 2 an  
 Gesellschaftskleider in jed. Preislage

**O. Langer.** Tel. 19122.

**Billigste Bezugsquelle für Brautleute!**

## Möbel

in jeder Holzart, echt und imitiert, kompl. Wohn- und Schlafzimmer, Küchen- und Vorkaalmöbel empfiehlt solid und billig unter Garantie

Gustav

## Hesse

Dresden [A 108]  
 Rosenstraße 45  
 part. I., II. u. III.  
 Hauptbahn 28, Eiltest. Rosenstr.  
 Vortelreier Versand.  
 Teilzahlung gestattet.



Klepperbein echte grüne POMERANZENESSENZ (fog. Lebens-od. Bichhofessenz). Vorzüglich bewährt bei: Bluthud, Katk, 1. eilweh, Kater, Blähungen u. bei Spätkindheit. Flaschen à M. — 50. L.

**C. G. Klepperbein**  
 Dresden-A., Frauensir. 8. [K 4]

**Ich muss reden**

in meinem Berufs. Laram süde ich das bewährte

**Schnauzen-Husten-Bonbon**  
 Schokoladen-Herzig feist bei mir.

**Auf Kredit!** Vorlangen Sie gratis per Postkarte Katalog!

**Möbel** 1 Zimmer 80 M. Ans. 6 M.  
 2 Zimmer 165 M. Ans. 15 M.  
 3 Zimmer 278 M. Ans. 35 M.

**Herrn- und Damen-Konfektion** in großer Auswahl.  
 Per später gekaufte Möbel werden kostenlos abgewahrt.

## S. Osswald

DRESDEN-A.  
 Marienstr. 12, I. u. II

Entwick. Neuheiten in Herren- und Damen-Moden

**Frauen** gebrauchen bei Einnahme Dr. Claus Periodenpulver. Schachtel 2.50.

**H. Löffler, plau 9**  
 Eichen, Gummiwarenhandlung.

**Musik-Instrumente** aller Art kauft und tauscht

**nur Otto Friebe 13**  
 Eckhaus Steinstrasse.

**Billig und gut. Heidelbeerwein**

5 Liter 2.75 M.  
 10 Liter 5.25 M.

**Johannisbeerwein**

5 Liter 3.25 M.  
 10 Liter 6.25 M.

**Joseph Juraske**  
 Weinhandlung u. Likörfabrik  
 Freiburger Platz 24.

Echt junger Eberl-Bräu in Halbliter- u. 1 Liter-Flaschen

Prämien beanspruchen Sie im Sommer 1913 zinsgeföhrt, allseitig begehrt

**Eberl-Brause**  
 enthält 100% reines CO<sub>2</sub> ohne Zusatz von Farbstoffen und

**Eberl-Sprudel**

Ziehung vom 8.—13. März

## Geld-Lotterie

zu Zweck des Landesvereins vom Roten Kreuz im Königreich Sachsen.

12894 Gewinne, ohne Abzug mit Mark

### 185000

Hauptgewinn:

### 40000

### 20000

### 10000

### 5000

etc. etc. etc.

Loose à 2 Mark (Porto Liste 50 Pf.)

versendet das General-Debit:

**Alexander Hessel**  
 Königl. Sachs. Lotteris-Kollektion  
 Dresden, Weissegasse 1.  
 Verkaufsstellen durch Plakate kennzeichn.

**Sofas** in jeder Ausführung. Solideste Polsterung. Billige Preise.

**Sofa-Umbauten** von 27 M. an bis zu den elegantesten.

**Tränkners Möbelhaus**  
 Görlitzer Straße 21/23.

**Tafel-Äpfel**

fr. Rambour, Muskat- und Lederreinetten, feinste Muskatel, Zitroneneinetten, gelbe Reinetten empfiehlt billigst [A 234/7]

**Obstkahn, Terrassentafel.**

Modern. Klapp-Sportwagen, Neubeitstell., Rinderwagen, bill. zu verkaufen. Eiltestgasse 8, part.

**Seeforellen 5 Pfd. 75 Pf.**  
**Kabljan ohne Kopf** in großen gerben Fischen  
**Seelachs ohne Kopf** in ff. großen Frischfischen **Pfd. 18 Pf.**  
**Grüne Heringe, extra-große** jeite, zum Braten, Kochen usw. **5 Pfd. 50 Pf.**

**Rotzungen, Schellfisch, Helgol. Kabljan usw.** zu billigsten Tagespreisen.

**Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.**

Täglich frisch vom Markt:

**ff. grosse Fettköllinge** in Vollstücken mit 18—20 Stück **90 Pf.**  
 Neue geräuch. Hieslachsheringe . . . Stück **20 Pf.**  
 Hochfeiner Specksal. ff. harter . . . Pfund **150 Pf.**  
 Stromlachs, mild, reichschmeckend u. fettlos, von diesen Seiten geschnitten Pfund **130 Pf.**  
 in fleischigen Hälften, etwa 7 Pfd. schwer . . . Pfund **115 Pf.**

Direkt aus den Bratereien eingetrossen:

**Feinste schwedische**

## Neue Bratheringe

1/2 Dose, etwa 40 Stück  
 1/2 Dose, etwa 20 Stück

1/2 Dose a 270 Pf.  
 1/2 Dose a 275 Pf.  
 1/2 Dose a 280 Pf.  
 1/2 Dose 285 Pf.

1/2 Dose etwa 145 Pf.  
 1/2 Dose a 150 Pf.  
 1/2 Dose a 155 Pf.  
 1/2 Dose 180 Pf.

**Ia Delikatess-Bratheringe**

2-Pfd.-Dosen bei 25 Dosen a 48 Pf., 10 Dosen a 60 Pf.  
 5 Dosen a 68 Pf., einzelne Dose 65 Pf.

**Feinste große**

**Neue Elbinger Bricken, 15 Pf.**

1-Pfd.-Dose mit 5 Stück 110 Pf., 2-Pfd.-Dose mit 10 Stück 210 Pf.  
 4-Pfd.-Dose mit 20 Stück 390 Pf.

**Prompter Versand gegen Nachnahme.**

**Sie sparen**

die Hälfte, wenn Sie herrschaftlich wenig getragene Kleider kaufen. Auszug von 7—25 M., Heberzicher und Hilfer von 6—25 M., Joppen 3—8 M., Gosen 2—6 M., Schuhe u. 2-6 M., Schals, 4-6 M. Große Gelegenheit in [B 956]

**Konfirmanden-Anzüge**  
 Nar Gr. Brüderg. 11, II.  
 Eingang Cuenegasse. 24  
 Kunden v. auswärts Fahrt vergütet.

**Frauen-Tea!**

auswähl. Sorten 75 Pf.

**Frauen-Artikel.**

**R. Freisloben**  
 Postplatz.

**Hühner** gar. leb. Anf. 1912er Frühbr., allerbest. Eierleger, schönste Farbe, Farbe nach Wunsch, mit Gahn 5 St. 18 M., 10 St. 28 M., A 156/19) 16 St. 32 M.

**J. Nadel, Dresden II 229.**  
 Gebr. Möbel (Eckl.)  
 an vl. Wettinistr. 21, II. p. [B 956]

**A. BRÖCKNER**

Uhren, Ketten, Ringe für die Konfirmation. Vorzeiger der Annonce 5%, Rabatt. 5%. [L 1014]

**Aus Privathand** billig abgegeben: 2 Bettstellen u. Hebermatrasen, 1 Spiegel, 1 Tisch, 1 Stuhl, 1 Spiegel u. Stuhl, ff. Blüschstühle u. mod. Lampen mit 3 Glühbirnen, fast neu, 1 Kasten und noch verschiedenes.

**Wähler, Breitestr. 12, 2. [A 66]**

**Petroleum- u. Gaslampen** aller Art

**Robert Walther**  
 Dresden-A.  
 Pillnitzer Straße 38  
 Fernsprecher 17893.

Kriecht und verlangt übermüdete Tiere und Simonsden her [K 143]

**Brauerei Niekern**  
 Telephon 2887, Haupt-Niederlage

# Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 52

Dresden 5. März

1913

## Die Goldmuschel des Mittelmeeres

Die jüdische Weltanschauung lagte mir kürzlich die Kunde (er ist ein tüchtiger geschäftlicher Mann), an dem er die alte Goldmuschel (er ist ein tüchtiger geschäftlicher Mann) ...

um so höher. Das heißt sich der nachte Geist vom Meere blühen ...

## Seitens

„Sie haben doch schon ...“

## Dresdner Kalender

Theater, Repertoire vom 8. März Opernhaus ...

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

„Sie haben doch schon ...“

## Wunder

Dresdner Songeie. Nach der zweiten ...

## Kleine Mitteilungen

L. C. Der französische ...

## Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

Vorstellungen für Sonntag ...

Das letzte Wort ...

Im Namen der ...

Das letzte Wort ...

Im Namen der ...

Das letzte Wort ...

Im Namen der ...

... und zeigte seine weißen Zähne. ...

... die ganze Palerma, so hat besonders auch der ...

... Inzwischen ist es wieder ...

Die Phantasia

Die Geschichte vom Kriege von Gudob ...

... In einem geschwinden, unregelmäßigen Tempo ...

... Der Entausse ...

... In dieser ...

... Der alte ...

... Die ...

... und zeigte seine weißen Zähne. ...

... Eine ...

... Wankur, der die ...

... „Valka ...

... „Und die ...

... „Als ...

... „Wankur ...

... „Oh, ...

... Die ...

... Die ...

... „Wer ...

... „Wer ...

... „Denn ...

... „Gottes ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...

... „Wankur ...



